

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Konflikt um iranisches Atomprogramm eskaliert – Seite 4***
- ***Familienpolitik: Modernisierungsbaustelle der Konservativen – Seite 7***
- ***ver.di kämpft gegen Arbeitszeitverlängerung bei den Kommunen – Seite 12***
- ***AEG Nürnberg: IG Metall will Sozialtarifvertrag – Seite 15***
- ***Europaparlament: Proteste gegen Antikommunismus-Resolutionsentwurf – Seite 19***

Ausgabe Nr. 2 am 27. Januar 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Gesinnungstests drohen Schule zu machen

FAZ, 14.1., scc. Trotz zum Teil heftiger Kritik am baden-württembergischen Fragenkatalog für einbürgerungswillige Migranten bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein setzt sich diese Art Gesinnungsprüfung nicht nur in Baden-Württemberg durch. Auch Hessen bereitet jetzt einen Fragebogen zur „Prüfung“ von Einbürgerungswilligen vor. Mit dem Fragebogen soll, unter dem Motto „Wissen und Werte“, erforscht werden nicht nur, was der Bewerber zu deutscher Geschichte und der EU weiß, sondern auch seine „innere Hinwendung“ zur BRD. Deshalb müsse er sich u.a. zu Fragen zu seiner Einstellung zur Rolle von Man und Frau in der Gesellschaft, zum Gewaltmonopol des Staates oder zum deutschen Wahlrecht äußern. Allerdings wolle man aus der Kritik am baden-württembergischen Leitfaden Konsequenzen ziehen und nicht „Nebenfragen in den Mittelpunkt“ rücken wie etwa die Einstellung des Bewerbers zur Homosexualität. Wer jedoch Zweifel an seiner freiheitlich-demokratischen Gesinnung weckt, muss damit rechnen, nicht nur nicht eingebürgert, sondern „intensiver“ vom Verfassungsschutz überprüft zu werden.

Andere CDU-geführte Landesregierungen wollen noch abwarten, äußern sich aber wie in Hamburg tendenziell zustimmend oder erwägen wie die niedersächsische einen 10- bis 15-stündigen obligatorischen Staatsbürgerschaftskurs. – Der Bundestag lehnte am 19.1. mit großer Mehrheit einen Antrag der Grünen ab, Baden-Württemberg zur Rücknahme des Fragebogens aufzufordern. Unterstützt wurde der Antrag nur von der Linkspartei, SPD und FDP übten zwar Kritik, verweigerten dann aber die Zustimmung mit Argumenten wie „zu sehr auf Baden-Württemberg verengt“. – Auf der anderen Seite formiert sich auch Widerstand. Die Stadtverwaltung Heidelberg erklärte am 20.1., den Leitfaden wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nicht anzuwenden. Der baden-württembergische Datenschutzbeauftragte moniert, dass das Innenministerium den Leitfaden wie eine „geheime Kommandosache“ behandelt habe, und äußert ebenfalls inhaltliche Bedenken.

Folterfreunde im Bundestag

heute im Bundestag, 18.1. alk. Im Bericht über eine Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags wird der Vorsitzende des Rechtsausschusses, der CDU-Abgeordnete Andreas Schmidt, von „Heute im Bundestag“ mit der Äußerung zitiert, es dürfe kein Verwertungsverbot von unter Folter er-

langten Aussagen inhaftierter Verdächtiger geben, wenn beispielsweise ein unmittelbar bevorstehender Terroranschlag dadurch noch verhindert werden könne. Ob die Aussage unter Folter zu stande gekommen sei, sei zu prüfen. Zustimmung erhielt Schmidt aus der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss. In der Diskussion müsse unterschieden werden, dass es ein klares Verwertungsverbot im Strafprozess gebe. Zur Gefahrenabwehr sei dies aber unter Umständen nicht der Fall. Auch aus den Reihen der SPD wurde gefragt, was man mache, wenn man die Information erhielte, „in einer halben Stunde geht eine Bombe hoch“. Dann sei eine „rechtsphilosophische Diskussion“ fehl am Platze. So wird Zug um Zug Folter salonzfähig gemacht, man erinnere sich an den Frankfurter Polizeipräsidenten, der Folter für zulässig hielt, um einem vermuteten Täter den Aufenthalt eines Entführungsopfers abzupressen.

Das Bundesjustizministerium hat allerdings in der erwähnten Sitzung des Rechtsausschusses deutlich gemacht, die UN-Anti-Folterkonvention sei für Deutschland „geltendes Recht“. Es gebe ein Verwertungsverbot im Prozess für alle Maßnahmen, die in die Menschenwürde eingreifen. Die Auffassung vertrat das BMJ auch in einer Diskussion mit Vertretern der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen. Die beiden Fraktionen hatten darauf hingewiesen, dass Beamte des Bundeskriminalamtes unter Umständen davon wüssten, dass Folter – wie im Fall Zammar – stattgefunden habe. Sie problematisierten, ob der vernehmende Beamte vorher den Verdacht aufzuklären müsse, ehe er den Inhaftierten vernehme. Das BMJ sagte, Aussagen während einer lang andauernden Haft ohne Zugang zu einem Strafverteidiger seien nach Auffassung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg ohnehin schon nicht in einem Strafprozess verwertbar. Der Generalbundesanwalt Kay Nehm habe aus diesem Grund auch angeordnet, dass die Vernehmungsprotokolle im Fall des Deutsch-Syrers Mohammed Haidar Zammar nicht zu den Akten genommen werden.

Streit um Versicherungskosten bei Minijobs

Handelsblatt, 18.1., rül. In den Regierungsparteien und in Teilen der Wirtschaft regt sich Kritik gegen den Beschluss des Bundeskabinetts, die Steuer- und Abgabenpauschale für Minijobs zu erhöhen. Das Kabinett hatte bei seiner Klausur in Genshagen beschlossen, den pauschalen Steuer- und Abgabensatz bei Minijobs von 25 auf 30% anzuheben. Praktisch bedeutet das, dass der Krankenversicherungsbeitrag von 11 auf 13,5% Prozent, der Beitrag für die

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Rentenversicherung von 12 auf 14,5% steigt, die pauschale Lohnsteuer bleibt bei 2%. Für die Arbeitgeber steigen damit die Gesamtkosten für einen Minijob, bei dem der Minijobber 400 Euro netto erhält, von bisher 500 auf künftig 520 Euro. Die Handelsverbände HDE und BAG sowie der Hotel- und Gaststättenverband lehnen das vehement ab, ebenso der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU, Josef Schlarbmann. Finanzminister Steinbrück beharrt dagegen auf der Anhebung, die den Sozialkassen ca. 500 Mio. Euro Mehreinnahmen bringen soll. Wann der Gesetzentwurf zur Anhebung der Minijob-Pauschale kommt, ist noch offen.

Energiepolitik – Streit im BDI

Handelsblatt, 19.1., *riiL*. Während Wirtschaftsminister Glos öffentlich für längere Laufzeiten für Kernkraftwerke eintritt, um die bis 2009 anstehende Abschaltung der AKWs Biblis A, Biblis B, Neckar I und Brunsbüttel zu verschieben, gibt es im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gleich bei mehreren wichtigen Fragen der Energiepolitik Krach. Ende letzten Jahres hatte der Vorsitzende des BDI-Energieausschusses, Werner Marnette, sein Amt niedergelegt. Marnette, im Hauptberuf Vorstandschef der Norddeutschen Affinerie, hatte die großen Stromkonzerne wegen zu hoher Preise für große Industrieabnehmer massiv angegriffen. Sie hätten den Markt in „Besatzungszonen“ aufgeteilt, Wettbewerb fände nicht statt. Dieser Streit zwischen den Stromkonzernen und den Stromabnehmern um die Strompreise ist bis heute nicht gelöst. Zweites Thema ist Kyoto und erneuerbare Energien. Der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer VDMA ist vehement für Kyoto und Windkraft, die Branche expandiert weltweit mit jährlich über 20% Wachstumsrate und verdient gutes Geld. Der VDMA lehnt deshalb jede Aufweichung des Kyoto-Protokolls ab und wird bei Kritik an der Windkraft ziemlich bissig, solche Kritik sei innovations- und exportschädigend. Drittes Thema ist der Emissionshandel. Hier klagt insbesondere die Stahlindustrie, dass der Emissionshandel von den Stromerzeugern für zu hohe Preisauflschläge genutzt werde. Nun soll BDI-Chef Thumann daraus eine gemeinsame „BDI-Linie“ entwickeln.

EU-Parlament will bis 2009 Verfassung

19.1. hav. Das Europäische Parlament hat sich zum EU-Verfassungsvertrag bekannt, zugleich aber Veränderungen an dem vergangenen Jahr in Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen abgelehnten Text nicht ausgeschlossen. In einer mit deutlicher Mehr-

heit angenommenen Entschließung sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, möglichst an dem Ende 2004 verhandelten Text festzuhalten und ihn 2009 in Kraft zu setzen. 385 Parlamentarier stimmten dafür, 125 dagegen und 51 enthielten sich. „Es geht darum, die Substanz der Verfassung zu erhalten“, sagte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Leinen (SPD). Kaum Unterstützung fand ein Antrag euroskeptischer Abgeordneter, den Verfassungsvertrag für „null und nichtig“ zu erklären. Die Abgeordneten, die über die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU entscheiden können, stellten zudem klar, dass das Parlament nach dem für 2007 geplanten Beitritt Bulgariens und Rumäniens ohne Regelung der Verfassungsprobleme keiner zusätzlichen Erweiterung zustimmen werde.

Europaparlament lehnt Haushaltskompromiss ab

taz, 19.1., *hav*. Gegen den geplanten Haushalt der Eu-Kommission für die Jahre 2007 bis 2013 der auf dem EU-Gipfel im Dezember mühsam ausgehandelt worden war stimmten 541 Abgeordnete. Das bedeutet aber nicht, dass sich am Finanzdeal der 25 Staats- und Regierungschefs noch viel ändern wird. Denn auf den zweiten Blick enthält der von Sozialisten wie Konservativen mit beschlossene Ablehnungstext neben viel verbalem Gepolter klare Hinweise darauf, was das Parlament in den nun anstehenden Verhandlungen mit Rat und Kommission erreichen will. Die Zahlungswilligkeit der Regierungen ist im Dezember bis an die Obergrenze ausgereizt worden. Deshalb wird sich das Europaparlament bei der heiklen Frage, wie viel Geld für welche Zwecke bereitgestellt wird, mit kosmetischen Änderungen zufrieden geben. Denn Spielraum für Umschichtungen gibt es ebenfalls nicht: Die Agrarmittel dürfen nicht angetastet werden. Deshalb wird sich das Parlament am Ende wohl mit dem begnügen, was der Verhandlungsführer des Rates, der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel in Aussicht stellte: drei Milliarden mehr für die so genannte Flexibilitätsreserve, mit der unverherrschene Ausgaben vor allem in der Außenpolitik finanziert werden. Der beschlossene Text macht aber auch klar, dass sich die Abgeordneten nur dann mit einem mageren Nachschlag begnügen werden, wenn ihnen bei der Haushaltssreform 2008 ein Mitspracherecht garantiert wird. Nächstes Jahr läuft die so genannte interinstitutionelle Vereinbarung zwischen den drei EU-Institutionen aus. Da es bis dahin keine Verfassung geben wird, die das Haushaltverfahren neu regeln würde, muss diese neu ausgehandelt werden. Die Abgeordneten wollen ihre Mitspracherechte stärken.



Wohin führen die Erdgas-Lieferwege?

FAZ, *maf*. Der Erdgas-Preiskampf zwischen Russland und der Ukraine hat gezeigt, wie blitzschnell sich auf monopolisierten Märkten wirtschaftliche Konkurrenz in politischen Kampf verwandeln kann, besonders wenn wie bei Bodenschätzen territoriale Fragen unumgänglich auftreten. „Russland hat sein Erdgas für politische Ziele eingesetzt“, sagt in der FAZ (6.1.) Graf Lambsdorf, er sieht eine gefährliche Abhängigkeit der BRD von Russland und rät zur Entlastung durch Festhalten an der Kernenergie, vor allem aber durch Flüssiggasimporte, die aus Nordafrika und Quatar bei heutigen Preisen rentabel aufgenommen werden könnten. Die Bundesregierung müsste allerdings das in Wilhelmshaven geplante Erdgasterminal zügig verwirklichen. Der ungarische Außenminister Kóka äußerte zu diesem Thema anlässlich einer vorübergehenden Reduktion von Lieferungen aus Russland über die Ukraine sein grundsätzliches Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Lieferweges. Praktisch wies er darauf hin, dass auf der Insel Krk ein Anlande-Terminal für Flüssiggas mit weiterführender Pipeline geplant sei und auf mittlere Sicht eine Gasleistung aus der Türkei, durch den Balkan, bis Mitteleuropa. Daneben sprach sich Kóka für den Einsatz von Kernenergie und Entwicklung erneuerbaren Energien aus. (23.2.) – Obwohl die Versorgungsleitung durch die Ukraine nach wie vor bedeutsam bleiben wird, wird erkennbar, wie mit der Ostsee-Pipeline im Norden, der Balkan-Pipeline im Süden über die Türkei, Flüssiggasterminals in Krk, Adria, und Wilhelmshaven, Nordsee, eine neue strategische Lage an der Ostgrenze der EU entsteht: Die Stabilität der Ukraine, zur Zeit noch wirtschaftlich strikt geboten, wird weniger wichtig, während die Beherrschung der Ukraine gleichwohl interessant bleibt.

Zusammenstellung: alk

Konflikt um iranisches Atomprogramm eskaliert

Unkontrollierte Dynamik

Der Streit um das iranische Atomprogramm eskaliert von Tag und Tag, und ein Ende der Eskalation ist nicht in Sicht.

Nachdem die iranische Regierung schon im August 2005 die Anlage in Isfahan – dort lässt sich aus Uranerz das Gas Uranhexafluorid (ein Ausgangsstoff zur Urananreicherung) gewinnen – wieder in Betrieb genommen hat, hat sie am 9. Januar auch an anderen Anlagen die von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) angebrachten Siegel entfernen und die Nuklearforschungsarbeiten wieder aufnehmen lassen.¹ Nicht eingehen will der Iran auf ein Angebot Russlands, das in Isfahan produzierte Gas nach Russland zu transportieren, wo dann die Anreicherung vorgenommen würde. Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme des Atomprogramms forciert die Regierung eine Strategie der Provokation, u.a. mit immer neuen gegen das Existenzrecht Israels gerichteten Erklärungen, zuletzt dem Plan, eine „internationale Konferenz“ unter dem Titel „Holocaust – Tatsache oder Mythos“ zu veranstalten, die zum Anziehungspunkt notorischer Holocaust-Leugner und Neonazis würde.²

Die USA haben in Reaktion auf die Wiederaufnahme des Forschungsprogramms ihre Drohung wiederholt, keine Option auszuschließen, auch nicht die militärische.³ Die Drohung erhält

Gewicht durch den Chef der Internationalen Atomenergiebehörde El Baradei, der seine Zurückhaltung aufgab und Mitte Januar gegenüber Newsweek erklärte, dass der Iran zur Offenlegung seines Atomprogramms gezwungen werden müsse, gegebenenfalls mit Gewalt: „Diplomatie ist nicht nur Reden. Diplomatie braucht auch Druckmittel, und, in extremen Fällen, Gewalt.“ Die bis zum 6. März laufende Frist zur Offenlegung werde nicht verlängert.

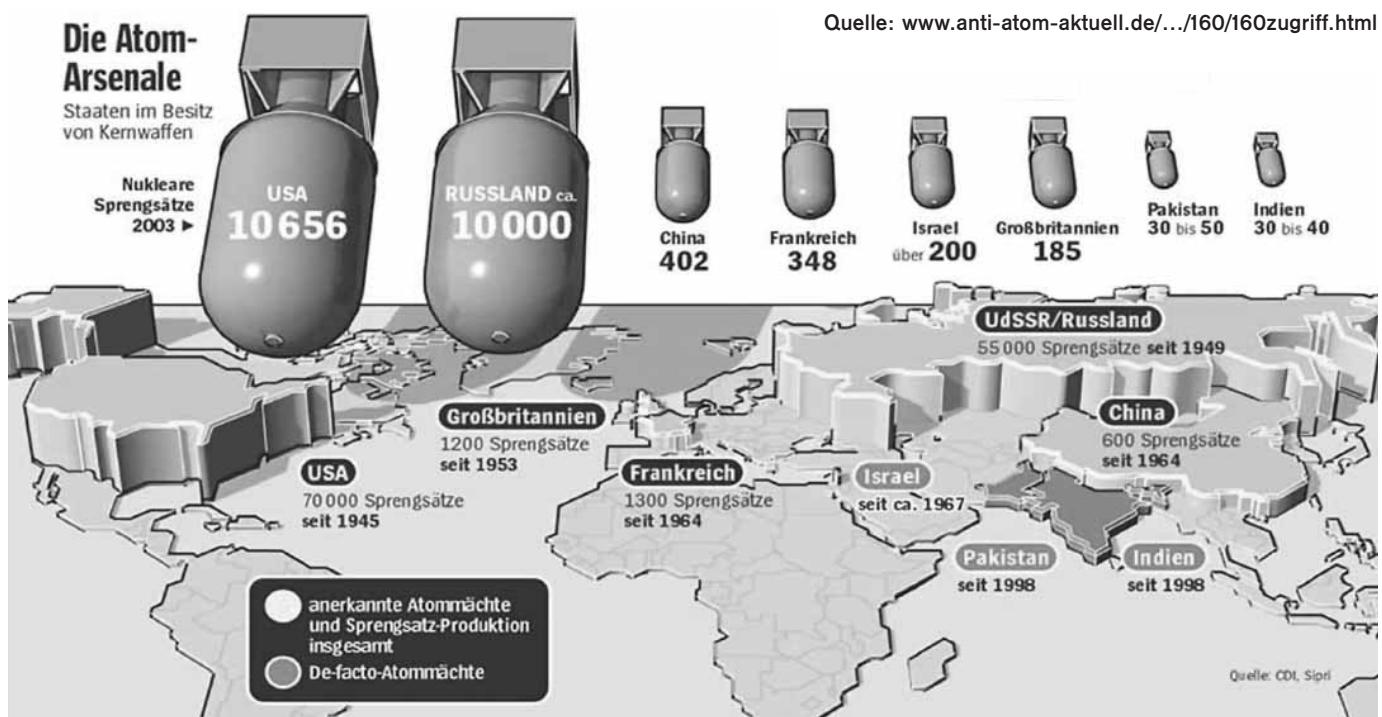
Die EU, genauer die so genannten EU-3 (Frankreich, Großbritannien und die BR Deutschland) haben eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der sie mitteilen, dass sie auf der außerordentlichen Tagung des IAEO-Gouverneurstagung am 2./3. Februar beantragen werden, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten. Das hatten die EU-3 bisher noch abgelehnt. Jetzt sind sie auf die Linie eingeschwungen, ihre Forderungen an den Iran mittels Sanktionen durchzusetzen. Auch wenn es zunächst um Wirtschaftssanktionen geht⁴ oder um den Ausschluss Irans von der Fußballweltmeisterschaft, lauert in diesem Vorgehen, wenn die Schraube nicht zurückgedreht wird, letztlich die militärische Eskalation. Das iranische Parlament konterte mit der Drohung, im Falle der Anrufung des Sicherheitsrates werde es darauf bestehen, die Kontrollen iranischer Atomanlagen durch die IAEO zu beenden.

Weiteres Öl ins Feuer goss die Rede des französischen Präsidenten Chirac am 19. Januar, die wir nebenstehend in Auszügen dokumentieren. Chirac hat den Iran nicht ausdrücklich erwähnt, ja bestreitet sogar, auf den Konflikt mit Iran angespielt zu haben. Aber er erklärt Atomwaffen zum legitimen Mittel der Politik, darin ausdrücklich unterstützt

von Bundeskanzlerin Merkel⁵, setzt die nukleare Drohung ausdrücklich als Mittel nicht nur zur Landesverteidigung, sondern zur „Garantie unserer strategischen Versorgung“ – etwa mit Öl – ein. Der Wiener „Standard“ (20.1.) kommentierte die Rede ähnlich wie eine Reihe anderer europäischer Zeitungen: „... jene Hardliner im Iran, die Atomwaffen wollen ..., haben nun einen willkommenen Beleg für ihre (absurde) Behauptung, der Westen wolle das Land in die Enge treiben. Was George W. Bush mit dem Irakkrieg erreicht hat, macht Jacques Chirac auf seine Art: jene Realität, die man zu bekämpfen vorgibt, selbst nach Kräften zu fordern.“

Man kann sich des beunruhigenden Eindrucks nicht erwehren, dass der Aufbau der asymmetrischen Drohkulisse einer unkontrollierten Dynamik unterliegt. Wie im Streit zwischen Personen leicht ein Wort das andere geben und der Streit außer Kontrolle geraten kann, folgen in dem Konflikt um das iranische Atomprogramm aus einem Eskalationsschritt der einen weitere Schritte der anderen Seite und so weiter.

Befeuer wird der Konflikt durch den ungelösten blutigen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Nach dem jüngsten Selbstmordanschlag in Israel beschuldigte der israelische Verteidigungsminister Mofatz Syrien, den Anschlag geplant, und Iran, ihn finanziert zu haben – eine nicht einmal versteckte Drohung gegen beide Staaten. Doch auch wenn der konkrete Vorwurf durch nichts bewiesen ist, ist er nicht einfach absurd. Die Beendigung des israelisch-palästinensischen Bürgerkriegs wird ja gerade dadurch erschwert, dass er auf beiden Seiten von Dritten mitfinanziert und mit Waffen beliefert wird. Darin liegt zugleich die Gefahr, dass er sich



Dokumentiert: Auszug aus der Rede des französischen Präsidenten Chirac vom 19. Januar 2006

Zur atomaren Abschreckung:

(...) Angesichts der Krisen, die die Welt erschüttern, angesichts der neuen Bedrohungen hat sich Frankreich immer in erster Linie für die Prävention entschieden. Diese bleibt in allen Formen die eigentliche Grundlage unserer Verteidigungspolitik. Die Prävention stützt sich auf das Recht, die Einflussnahme und die Solidarität und kommt so durch das Handeln unserer Diplomatie zum Ausdruck, die ohne Unterlass darum bemüht ist, Krisen zu lösen, die hier oder dort entstehen können. (...)

Aber es wäre zu gutgläubig, alleine in die Prävention zu vertrauen, um uns zu schützen. Um gehört zu werden, muss man nötigenfalls auch fähig sein, Gewalt anzuwenden. Wir müssen also über eine bedeutende Interventionskapazität außerhalb unserer Grenzen mit konventionellen Mitteln verfügen, um diese Strategie zu unterstützen und zu vervollständigen.

Eine solche Verteidigungspolitik beruht auf der Gewissheit, dass unsere lebensnotwendigen Interessen garantiert werden.

Diese Rolle wird der nuklearen Abschreckung zugeschrieben, die sich in die direkte Fortsetzung unserer Präventionsstrategie einfügt. Sie ist deren

letztes Mittel. (...)

Es liegt in der Verantwortung des Staatschefs, permanent die Grenze unserer vitalen Interessen einzuschätzen. Die Unsicherheit dieser Grenze ist untrennbar von der Abschreckungsdoktrin selbst.

Die Integrität unseres Staatsgebiets, der Schutz unserer Bevölkerung, die freie Ausübung unserer Souveränität werden immer den Mittelpunkt unserer vitalen Interessen bilden. Aber sie beschränken sich nicht darauf. Die Wahrnehmung dieser Interessen verändert sich im Rhythmus der Welt, einer Welt, die von der zunehmenden Unabhängigkeit der europäischen Länder und von den Auswirkungen der Globalisierung geprägt ist. Die Garantie unserer strategischen Versorgung oder der Verteidigung verbündeter Länder sind, unter anderem, Interessen, die es zu verteidigen gilt. Es ist die Sache des Staatspräsidenten, das Ausmaß und die potentiellen Folgen eines schwerwiegenden Angriffs, einer Bedrohung oder einer Erpressung hinsichtlich dieser Interessen einzuschätzen. Diese Einschätzung kann gegebenenfalls zu dem Schluss führen, dass unsere vitalen Interessen beeinträchtigt sind.

Die nukleare Abschreckung ist, ich habe es nach dem 11. September 2001 betont, nicht dazu gedacht, fanatische Terroristen abzuschrecken. Vielmehr müssen die Staatschefs, die eventuell auf terroristische Mittel gegen uns zurückgreifen, genau wie diejenigen, die es in Betracht ziehen, Massenvernich-

tungswaffen zu benutzen, verstehen, dass sie sich einer strengen und angemessenen Reaktion von unserer Seite aussetzen. Diese Reaktion kann konventionell sein. Sie kann aber auch anderer Natur sein. (...)

Aber unser Konzept der Anwendung von Nuklearwaffen bleibt gleich. Es darf auf keinen Fall die Rede davon sein, atomare Mittel zu militärischen Zwecken bei einem Konflikt zu verwenden. In diesem Sinne wird das nukleare Potential bisweilen als „Waffe zum Nichtgebrauch“ qualifiziert. Dies darf jedoch keinesfalls Zweifel an unserer Absicht und unserer Fähigkeit entstehen lassen, unsere Atomwaffen einzusetzen. Die glaubwürdige Drohung ihres Einsatzes lastet pausenlos auf den Staatschefs, die feindliche Absichten uns gegenüber haben. Sie ist notwendig, um diese zur Vernunft zu bewegen, um ihnen bewusst zu machen, welchen Preis ihr Handeln hätte – für sie selbst und für ihre Staaten. Darüber hinaus behalten wir uns selbstverständlich immer das Recht vor, eine letzte Warnung zu benutzen, um unsere Entschlossenheit zu zeigen, unsere vitalen Interessen zu verteidigen.

Also haben sich die Grundsätze unserer Abschreckungsdoktrin nicht verändert. Aber ihre Art, zum Ausdruck zu kommen, hat sich weiterentwickelt und wird sich noch weiterentwickeln, damit wir dem 21. Jahrhundert mit all seinen Herausforderungen begegnen können. (...)

Quelle: www.botschaft-frankreich.de

zum Flächenbrand ausweitet. Und während sich Israel durch das iranische Atomprogramm, verbunden mit wüsten antiisraelischen Äußerungen, bedroht fühlt und fühlen kann, bedroht es seinerseits mit seiner Aufrüstung, einschließlich seines Atomwaffenpotenzials, und der offenen Erörterung eines militärischen Angriffs Iran.⁶

Nukleare Abrüstung!

Ist angesichts dieser Entwicklung überhaupt eine Lösung, ein Kompromiss, wenigstens ein Zurückschrauben der Eskalation in Sicht?

Festzuhalten ist einerseits, dass Iran mit seiner gegenwärtigen Politik nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt, sondern Rechte aus dem Vertrag, den das Land unterzeichnet hat, wahrnimmt; dazu gehört eben auch das Recht, Uran anzureichern, wenngleich nur unter Aufsicht der IAEA. Auf der anderen Seite bestehen, gegenteiligen Beteuerungen der iranischen Seite zum Trotz, allgemein nur wenig Zweifel, dass die Regierung mit dem Nuklearprogramm, das Iran in die Lage versetzt, Atomwaffen herzustellen, tatsächlich auch die atomare Bewaffnung verfolgt.

Als erhebliches Indiz dafür ist die in einem Bericht der IAEA von 2003 festgehaltene und nicht bestrittene Tatsache zu werten, dass Iran, auch wenn er seit einigen Jahren die Kontrolle durch die IAEA zulässt, zuvor über Jahre versucht hatte, Teile des Atomprogramms geheim zu halten, d.h. der Kontrolle zu entziehen.

Iran hat legitime Sicherheitsinteressen. Es ist von Ländern eingekreist, die entweder selbst Atomwaffen besitzen bzw. Iran mit Atomwaffen erreichen können – Pakistan, Israel, Russland – oder in denen Truppen der USA stationiert sind bzw. Krieg führen, die gegenüber Iran erklärtermaßen feindliche Absichten verfolgen. Aber es ist ein folgenschwerer Irrtum anzunehmen, dass diese legitimen Sicherheitsinteressen mit atomarer Bewaffnung zu verteidigen sind. Das gilt für Israel wie für den Iran. Seine Atomwaffen sichern nicht die Existenz des Staates Israel, sondern sind ein Teil des Nahost-Konflikts, die dadurch erreichte militärische Überlegenheit stiftet nicht Frieden, der auf Dauer allein die Existenz sichert, sondern schafft bzw. verschärft Feindschaft. Eine drohende atomare Aufrüs-

tung des Iran erschwert z.B. die Auseinandersetzung um den Abzug der US- und anderen Besatzungstruppen aus dem Irak. Es liegt deshalb auch an Iran, zur Deeskalation beizutragen, nicht nur durch Unterlassung seiner Drohungen, sondern auch – zum Beispiel – durch ein Moratorium seines Urananreicherungsprogramms. Warum sollte Iran den Vorschlag Russlands nicht annehmen können?

Vor allem aber liegt es an den USA, der EU und ihren Verbündeten. Wenn die Rede Chiracs eines klar gemacht hat, dann das: Die Gefahr für den Frieden geht von dem ungeheuren militärischen Ungleichgewicht, dem Übergewicht der imperialistischen Länder aus, die durch dieses Übergewicht meinen, dem Rest der Welt ihren Willen aufzwingen zu können.

Es gibt die vor allem an die EU gerichtete Forderung, den berechtigten Sicherheitsinteressen des Iran durch eine Mittelostkonferenz Genüge zu tun, die als erster Schritt zur Schaffung einer atomwaffenfreien Region Mittlerer Osten organisiert wird. Aber eine solche Konferenz hat wahrscheinlich nur wenig Aussicht auf Erfolg, solange die



Mächte, die über den Löwenanteil an Atomwaffen verfügen, nicht den geringsten Schritt zur Abrüstung tun, sondern im Gegenteil ihre Militärdoktrin auf ihr nukleares Übergewicht stützen. Deshalb sollten jetzt vor allem Bestrebungen zu weltweiter atomarer Abrüstung,

tung, nicht zuletzt die Kampagne der Mayors for Peace, mit Macht unterstützen werden.

scc

1 Im November 2004 hatte sich Iran freiwillig verpflichtet, die Urananreicherung für die Dauer der Verhandlungen mit der EU-3 – Frankreich, Großbritannien und die BR Deutschland – auszusetzen. Die EU-3 hatten die Verhandlungen im August 2005, nach Wiederinbetriebnahme der Anlage in Isfahan – eingestellt, ohne sie für gescheitert zu erklären.

2 Laut der FAZ sollen etwa Horst Mahler und David Irving auf der Teilnehmerliste stehen. Der Wahrheitsgehalt ist derzeit nicht nachprüfbar; es gibt jedoch iranische Quellen, die nahe legen, dass iranische Institutionen Verbindungen zu Nazikreisen ausdrücklich suchen. So hat die „Vereinigung islamischer Journalisten des Iran“, die mit der Ausrichtung der Konferenz beauftragt sei, laut Standard vom 18.1. verlauten lassen, dass die Konferenz eine „freie und demokratische Plattform“ für all jene „Historiker“ sein soll, die den „Mythos“ kritisch hinterfragten, „wissend“, wie der Sprecher sagte, „dass es in verschiedenen europäischen Ländern Gesetze gegen Freiheit und Demokratie gibt, die es Intellektuellen

nicht erlauben, an eine Version zu glauben, die anders ist als die offiziell verlautbarte.“

3 Der frühere Vizestabschef der US-Armee in Europa, Generalmajor E. Atkeson, äußerte sich in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger (20.1.) dazu wie folgt: Weder mit gezielten Luftschlägen noch mit dem Einsatz von Spezialtruppen ließe sich das iranische Atomprogramm verhindern, damit würden nur die Risiken wachsen. „Wer den Iran militärisch vom Atomwaffen-Besitz abhalten will, muss zu einem Krieg bereit sein. Wir sprechen von einem richtig großen Krieg, im Gegensatz zu solchen Einsätzen wie im Kosovo. (...) Dabei muss man bedenken, dass die US-Streitkräfte mit den Einsätzen im Irak und in Afghanistan bereits an ihre Grenzen stoßen. Für einen Krieg gegen den Iran sind sie absolut unzureichend. Die USA müssten die Wehrpflicht einführen ... Die Nato wäre uns keine große Hilfe. Es mag eine gewisse Unterstützung für gezielte Angriffe geben, aber solange der Iran nicht zuerst angreift, sehe ich nicht die Bereitschaft der Europäer, Millionen Iraner im eigenen Land zu bekämpfen.“

4 Wirtschaftssanktionen gegen Iran sind für die imperialistischen Länder allerdings ein zweischneidiges Schwert. Einerseits würden sie Iran, der vor allem auf den Export von Maschinen und Hochtechnologie angewiesen ist, treffen. Andererseits fehlt es nicht an Warnungen, dass Sanktionen zu einer schweren Energiekrise führen werden, da der Iran vierthöchster Rohöl-Exporteur ist und seine täglichen Ölausfuhren von rund 2,5 Mio. Barrel zumindest kurzfristig nicht durch andere Ölexporteure ersetzt werden können.

5 Bemerkenswert ist eine Stellungnahme aus der einflussreichen Bertelsmann-Stiftung. Hier heißt es zum einen: „Ob damit Staaten, wie der Iran, langfristig wirklich davon abgehalten werden können, sich atomare, biologische oder chemische Waffen anzuschaffen, muss sich erst noch zeigen. Anzunehmen ist jedoch, dass sich der Druck auf den Iran mit dieser Drohung erhöht. Signalisiert doch nun mit Frankreich zum ersten Mal auch ein europäischer Staat, dass nicht nur allein die USA bereit und willens sind, notfalls mit Nuklearwaffen gegen Staaten vorzugehen, die mit ihren nuklearen Ambitionen die internationale Sicherheit gefährden. Das macht einen entscheidenden Unterschied und könnte die bisher vom Iran mit den drei EU-Mitgliedstaaten eher dilatorisch geführten Verhandlungen eine neue Wendung geben. Zu wünschen wäre es in jedem Fall.“ Zum anderen hebt die Stellungnahme darauf ab, Einfluss auf die britischen und französischen Nuklearwaffen zu bekommen: Bisher sei die „nukleare Option durch die Atomwaffenpotentiale Frankreichs und Großbritanniens bei allen Überlegungen zur europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgeschlossen worden.“ Und: „Immer deutlicher wurde in den Diskussionen auch, dass ein Rational für die französischen Nuklearwaffen auf Dauer nur gefunden werden kann, wenn Frankreich seine Nuklearwaffen endlich einbindet. (...) Am besten wäre ihre Einbindung als europäischer Pfeiler im Rahmen einer transatlantischen Verteidigung.“ Die Stellungnahme findet sich unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst>

6 In der deutschen Presse werden z.B. unter Bezug auf israelische Zeitungen, hier *Jediot Achronot*, Berichte kolportiert, wonach das israelische Militär erwägt, einen „Angriff (auf Iran – scc) zur Bestrafung, nicht zur Zerstörung (der Nuklearanlagen – scc)“ „Absicht wäre, lebenswichtige Anlagen anzugreifen, nicht unbedingt solche, die Teil des Atomprogramms sind.“ Zitiert nach: <http://focus.msn.de/hps/fol/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=23780>

Kein Krieg gegen den Iran!

Dokumentiert: IPPNW fordert diplomatische Lösung

Berlin, 12. Januar 2006: Anlässlich des Treffens der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und dem Chefdiplomat der EU Javier Solana zum Iran fordern die Internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW) alle an der Krise beteiligten Staaten, die Sondierungen von Sanktionen, von militärischen oder atomaren Optionen gegen den Iran sofort zu unterlassen und auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes zu drängen. Wird das diplomatische Fenster nicht wieder geöffnet, befürchtet die IPPNW folgende Eskalationsspirale: Der Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen den Iran. Die iranische Regierung und das iranische Volk begreifen die Sanktionen als Afront und werden sie nicht auf sich beruhen lassen. Die Situation läuft aus dem Ruder. Am Ende können sich die USA moralisch legitimiert fühlen, Irans Atomanlagen aus der Luft anzugreifen, mit oder ohne Zustimmung des Sicherheitsrates. Was dann folgen kann, zeigt der Irak.

Auch wenn die IPPNW einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet und die jüngsten Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad aufs Schärfste verurteilt, hat der Iran als Mitglied des Atomwaffensperrvertrages wie jedes andere Mitgliedsland das Recht, sämtliche Technologien zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu besitzen – auch zur Urananreicherung. Deutschland, Belgien, Japan u.a. nut-

zen dieses Recht längst. Die Entwicklung dieser Technologie darf nicht Vorwand für einen Krieg sein. Das Problem der möglichen Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Weiterverbreitung der Technologien zur friedlichen Nutzung der Atomenergie muss prinzipiell gelöst werden – und zwar für alle Staaten dieser Welt gleich.

Die Atomwaffenstaaten, insbesondere die USA und Russland, haben wenige Fortschritte im Hinblick auf das international vertraglich fixierte Ziel der totalen und eindeutigen Vernichtung von Atomwaffen gemacht. Staaten, die im Besitz großer atomarer Waffenlager sind, können andere Staaten nicht glaubhaft dazu auffordern, ihre Kernwaffen zu zerstören oder ihr Streben nach dem Besitz dieser Waffen aufzugeben, wenn sie selber keine Schritte unternehmen, ihre eigenen Waffenbestände zu vernichten.

Die IPPNW appelliert an die iranische Regierung, ihre Bevölkerung nicht der Gefahr von Sanktionen oder gar einem Krieg auszusetzen, in dem sie ein Atomwaffenprogramm entwickelt. Es muss eine lückenlose Klärung der offenen Fragen der IAEO erfolgen, um mit dem Vorwurf eines Verstoßes gegen den Artikel III des Nichtverbreitungsvertrages aufzuräumen.

Die IPPNW fordert von den europäischen Außenministern, sich für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten einzusetzen. Hetzreden oder die Sondierung militärischer Optionen durch alle Parteien verschärfen den Konflikt und lösen ihn nicht. Es darf keine Wiederholung des Irak-Debaks geben!

Quelle: www.ippnw.de

Modernisierungsbaustelle der Konservativen

In der Union ist bereits seit einiger Zeit eine Diskussion um die Familienpolitik mit ihren verschiedenen ideologischen und ganz praktischen Fragen im Gange. Wir haben einige aktuellere Dokumente aus dieser Diskussion abgedruckt, weil es sich lohnt, genauer hinzusehen. Der Konservatismus ist nämlich nicht auf dem Rückzug, wie einige Kommentatoren verbreiten, die von einer Sozialdemokratisierung der Union unter Frau Merkel schreiben. Vielmehr ordnen die Konservativen ihre Reihen neu. Traditionelle Vorstellungen von der Familie als Keimzelle des Staates mit Werte- und Ordnungsvermittlung sowie der Verknüpfung mit dem Eigentum und dessen Transfer über die Generationen werden nicht entsorgt, sondern modernisiert und angepasst. Was ist erkennbar?

Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die in der bürgerlichen Gesellschaft idealtypisch charakterisiert wird („Der Mann muss

hinaus ins feindliche Leben – und drinnen walten die züchtige Hausfrau“) ist nicht erledigt, sondern nach wie vor das Lebensziel eines beachtlichen Bevölkerungsanteils. Das Monument dieses Strebens ist das Eigenheim. Die Streichung der Eigenheimzulage dokumentiert, dass die Politik den Zugang zu diesem Lebensstil schließen will. Das soll aber eine Lebensform bleiben für Leute, die das Geld bzw. das Vermögen dazu bereits haben. Obwohl es sich bei dieser Lebensform um ein schrumpfendes Segment handelt, ist es doch noch groß, und was schwerer wiegt, es hat einen modernisierbaren Kern, aus dem sich eine Art neues groß- und bildungsbürgerliches Leben entwickeln will.

Das Verhalten der Elterngenerationen zeigt bereits seit Jahrzehnten an, dass die Erziehung zur Hausfrau im alten Sinne abreißt. Heute machen prozentual mehr Mädchen als Jungen Abitur. Das kommt nur zustande, wenn die ältere und die jüngere Generation sowie das

politische System eine geschlechterübergreifende Orientierung auf die Erwerbsarbeit anstreben.

Das hat allerdings nichts daran geändert, dass die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bei den Laufbahnen sich verfestigt hat, was ganz offensichtlich auf das Auswahlverhalten der Nachfrager von Arbeitskraft bei der Wirtschaft und, wenn auch nicht ganz so stark, bei den Behörden zurückgeht.

Die Gründe, warum diese Diskriminierung trotz öffentlicher Missachtung bestehen kann, stammen aus den von der Politik geschaffenen Rahmenbedingungen. Während die schulische Bildung von jungen Frauen gefördert wird, wurden ihnen anders als in anderen Industrieländern zu wenige Möglichkeiten zur Verbindung von Familie und Beruf geboten.

Diese Situation wird inzwischen von beträchtlichen Teilen der Wirtschaft als ein Modernisierungshindernis angesehen, der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass es auch anders geht.

Die Entwicklung der Politik der Union erhält die Impulse, die sie zur Veränderung zwingen, aus der Wirtschaft. Diese Nachfragen kann sie nicht mehr übergehen. So ist es auch kein Zufall, dass der Ex-Banker Horst Köhler, und die mit dem Großbürgertum vertraute

Dokumentiert

Freitag, 20. Januar 2006, Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau

(...) Kauder: Wir verfolgen zwei Ziele. Wer im Haushalt Arbeitsplätze schafft, zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder von Kindern, der soll einen Teil der Kosten von der Steuer absetzen können. Dadurch soll auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Diese doppelte Dimension ist in der Diskussion etwas aus den Augen verloren worden. Es geht nicht um ein bestimmtes Familienbild. Wir stehen für Wahlfreiheit. Über die vorhandenen Betreuungseinrichtungen hinaus, die Frauen die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf erleichtern, wollen wir zusätzliche Möglichkeiten und damit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

(...) Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war ein zentrales Thema der familienpolitischen Beschlüsse der Union. Und das zentrale Thema unseres Investitionsprogramms heißt Arbeit. Da braucht man nichts hineinzugeheimnissen.

Frage: Und wo bleibt bei der großen Koalition das Konservative, Herr Kauder?

Kauder: Zum Beispiel dafür zu sorgen, dass die Kasse stimmt. Das ist ein typisch bürgerlich konservatives Element.

Frage: Kasse statt Werte?

Kauder: Einspruch. Dafür zu sorgen, dass die Menschen Arbeit bekommen, ist ein sehr wertbezogenes Handeln...

Frage: ... das einem typisch sozialdemokratischen Wertekanon folgt.

Kauder: Unser Wertekanon stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Daraus ergeben sich zahlreiche wirtschaftspolitische, soziale, gesellschaftspolitische und ethische Überzeugungen. Ein weiteres Beispiel ist der Schutz des Lebens. Wir werden eine Initiative gegen Spätabtreibungen starten, dazu hat Struck Gesprächsbereitschaft signalisiert. Und wir werden uns mit dem Problem der Sterbehilfe auseinander setzen.

Frage: Wo soll die CDU ihre Rolle neben der Koalition finden?

Kauder: Die CDU hat sich vorgenommen, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. In den intensiven Debatten darüber wird die ganze Breite unserer Politik formuliert werden. Dabei geht es auch um unsere christlichen Grundsatzpositionen. Wir werden also neben der pragmatisch ausgerichteten Regierungspolitik keinen Zweifel daran lassen, wo unsere Wurzeln sind. Ein herausragendes Thema wird dabei die Frage sein: Wie kann es in der globalisierten Welt gelingen, unseren Grundwerten Geltung zu verschaffen? Es darf nicht sein, dass nicht mehr gilt, was die CDU im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft für unser Land formuliert hat.

•

Frau Ministerin von der Leyen zu „Lokalen Bündnissen für Familie aus ökonomischer Sicht“, ein Vorwort zu einer Studie des Prognos-Instituts:

Als ich mein neues Amt als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend antrat, hatte ich schon viele Eindrücke über die Lokalen Bündnisse für Familie gesammelt. In Niedersachsen arbeiten bereits eine ganze Reihe von Bündnissen erfolgreich (...) Deshalb war ich sehr gespannt auf die Studie „Lokale Bündnisse für Familie aus ökonomischer Sicht“.

Mit den Ergebnissen kann das Bundesfamilienministerium ebenso zufrieden sein wie die Lokalen Bündnisse für Familie selbst: Bündnisarbeit lohnt sich für Kommunen, Unternehmen und freie Träger. Sie nützt der gesamten Region, die durch Familienfreundlichkeit Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielt. Ich bin froh, dass die positive und dynamische Stimmung, die ich in der Initiative Lokale Bündnisse für Familie wahrnehme, durch die Fallstudien und die „harten“ ökonomischen Daten von Prognos bestätigt wird. Die Bedeutung der Bündnisse für die Gesellschaft geht weit über ihren ökonomischen Nutzen hinaus: Sie zeigen, was gemeinsames Handeln für Familien bewegen und bewirken kann. Lokale Bündnisse für Familie sind sehr hilfreich, um mehr Familienfreundlichkeit in die Gesellschaft und wieder mehr Kinder in die Familien zu bringen.

Familienministerin Ursula von der Leyen, die skizzierte Entwicklung beschreiben und Abhilfe fordern. Die Unionsparteien haben dabei aber Schwierigkeiten mit der Tradition.

Diese Schwierigkeiten dürfen nicht unterschätzt werden. Die traditionellen Kulturtechniken zur Reproduktion bestehen nicht nur aus Ideologien, sondern aus praktikablen Verhaltensweisen, die, wenn sie auch veralten, dennoch nicht ersatzlos über Bord geworfen werden können.

Das öffentliche Angebot an Kindergärten und arbeitstaglangen, also notwendig auch versorgenden Schulen ist mit der Schulpflicht verknüpft. In der Tradition der BRD, die bis jetzt ein breites Angebot an privaten Schulen (andere als Frankreich und Großbritannien) nicht kennt, werden die Stilisierungsbedürfnisse der vermögenden Klassen durch solch öffentliche Angebote nicht nur nicht berücksichtigt, sondern sogar gestört.

Die Politik der Union will den modernisierten groß- und bildungsbürgerlichen Lebensstil fördern. Dazu gehören auf diesem Sektor ein neues Dienstleistungs(boten)wesen und Starthilfen für private Einrichtungen. Das Knapphal-

ten der öffentlichen Mittel sorgt dafür, dass sich ein „ehrenamtliches“ Angebot entwickelt. In den Vierteln mit sogenannten bildungsnahen Schichten sorgt z.B. der Elternverein fürs Mittagessen an der Schule, eine Betreuung durch den Sportverein wird ebenso privat organisiert und mitfinanziert. Und schließlich wächst, wenn auch langsam, die Zahl von Privatschulen, gestiftet aus Vermögen.

Die Politik der Union beharrt auf einem selektierenden Schulwesen, das den Berufs- und Laufbahnorientierten beider Geschlechter die Möglichkeit bietet, eine Laufbahn zu betreiben. Das Schulwesen kann den Selektionsbedingungen des innerbetrieblichen Marktes nachgebildet werden. Dann würde es automatisch eine Differenzierung in laufbahnorientierte Befähigte und zu Hilfskräften Präddestinierte besorgen.

Fazit: Die Widersprüche zwischen Tradition und Modernisierung, die gegenwärtig der Union nicht nur ideo-logisch, sondern ganz praktisch bei der Strukturierung des Angebotes öffentlicher Güter auf dem Sektor Bildung und der Platzierung der entsprechenden Investitionen Schwierigkeiten machen, können auf dem Boden einer konserva-

tiven Grundorientierung gelöst werden.

Die klassische, um nicht zu sagen, traditionelle linke Kritik am Bildungswesen betont gegenüber den Privilegien durch die soziale Herkunft die Orientierung auf die Leistung, die Mühe und den Erfolg der Arbeit an sich selbst.

Diesen kritischen Ansatz kann konservative Politik unterlaufen, indem sie die Selektionsmechanismen, die innerbetriebliche Arbeitsteilung und Karriere besorgen, auf das Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen überträgt. Dabei können die schicksalhaften Früh- und Fehlentscheidungen, die lebenslang binden und inakzeptabel sind, durch ein System klug geordneter Durchlässigkeit verschleiert werden, so dass am Ende jeder kriegt, was er verdient.

Viel mehr als bisher wird sich linke Kritik mit der Gestaltung von Lern- und Bildungsprozesses befassen müssen, und es ist abzusehen, dass ohne Kritik der Organisation der Arbeitsteilung im betrieblichen oder institutionellen Rahmen ein hoch wirksamer Trend da ist, der unter der Voraussetzung vollendeter Chancengleichheit und absoluter Wahlfreiheit der Einzelnen eine fast schon kastenartig getrennte Gesellschaft reproduziert.

alk, maf



Kinder, selbstverständlich! Von der Freiheit, Kinder zu haben

Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing, 18.1.2006

(...) Wir sollten unsere Haltungen überdenken: Unsere Vorstellungen von einem gelingenden Familienleben, von Mütter- und Väterrollen und vom Platz, den Kinder in unserem Leben einnehmen.

Und wir müssen uns um spürbare Verbesserungen für Familien und Kinder kümmern – um Rahmenbedingungen, die das Leben mit Kindern erleichtern, statt es zu behindern.

Fangen wir mit dem ersten an und fragen: Wie bekommen wir die Köpfe und Herzen wieder frei für Kinder?

Ich denke, die wichtigste Vorausset-

zung dafür ist, dass wir anerkennen: Die Lebensentwürfe junger Menschen haben sich geändert. Das gilt besonders für die Frauen. Die meisten von ihnen wollen heute beides: einen Beruf, der ihnen Erfüllung und Unabhängigkeit gibt, und eine Familie.

Ihre Hoffnungen und Pläne reiben sich jedoch oft an einem traditionellen Rollenverständnis. Wenn eine Frau tut, was wir Männer immer taten – nämlich berufstätig zu sein und Kinder zu haben –, spürt sie noch immer häufig den Vorwurf, eine „Rabenmutter“ zu sein. Konzentriert sie sich dagegen ganz auf die Kinder, ist sie immer noch in den Augen vieler das „Heimchen am Herd“. Solche Klischees sollten wir hinter uns lassen.

(...) Kinder auf das Leben vorzubereiten, partnerschaftliche Lebensentwürfe zu verwirklichen, das kann in ganz unterschiedlichen Strukturen gelingen: in der Ehe, in nicht-ehelichen und auch gleichgeschlechtlichen Familien, in Patchwork- oder Einelternfamilien. Leitbild ist für mich nach wie vor die Ehe mit Kindern – bestimmt auch deshalb, weil ich selbst dieses Glück mit meiner Frau und unseren Kindern erfahren habe. Und wir Köhlers sind damit nicht alleine: Drei von vier Kindern leben bei ihren verheirateten Eltern, sagt uns die Statistik. Es komme mir darum niemand mit dem Gerede vom „Auslaufmodell Ehe“. Und die meisten Menschen in diesem Land wünschen sich immer noch die Vater-Mutter-Kind-Familie.

Ich will dabei keine rosarote Familiendylle malen. Kinder bereichern das

Leben, sie stellen die Eltern aber auch vor viele Herausforderungen. (...) Es gibt also Gründe, die eine Entscheidung für Kinder schwer machen können, und ihr Gewicht hängt von der Lebenssituation jedes und jeder Einzelnen ab.

(...) Wir wissen, wie wichtig die Erfahrungen der allerersten Lebensjahre sind, wie sehr sich in diesen Jahren entscheidet, ob ein Kind sich entfalten kann oder verkümmert. Deshalb ist es so wichtig, gute Betreuungseinrichtungen gerade für all diejenigen Kinder zu schaffen, die zu Hause nicht genügend Fürsorge und Anregung bekommen. Gerade sie, denen niemand vorliest und mit denen keiner ins Museum, zum Bastelkurs oder auf den Sportplatz geht, brauchen Orte, an denen sie Anregung und Orientierung finden. Das ist ein ganz entscheidender Beitrag zu größerer Chancengerechtigkeit – übrigens auch für Kinder, deren Eltern aus anderen Kulturen stammen. Gute Betreuungsangebote helfen ihnen, in die Gesellschaft hineinzuwachsen und schon früh und selbstverständlich Deutsch zu lernen.

(...) Aber wir sind noch himmelweit davon entfernt, auch nur einem Bruchteil der Kinder, deren Eltern es wünschen, eine gute Betreuung bieten zu können. Sicher: Das kostet Geld – und Geld ist knapp. Aber bei diesem Hinweis darf es nicht bleiben – dafür ist diese Aufgabe zu wichtig: Bund, Länder und Gemeinden müssen an einem Strang ziehen für mehr und bessere Betreuungsangebote. Und die Wirtschaft darf ihnen ruhig dabei helfen.



Mit dem europaweiten Streik am 11. Januar und einer machtvollen Demonstration mit über 6.000 Teilnehmern am 16. 1. vor dem Europaparlament – zeitgleich ruhte die Arbeit in den spanischen, belgischen und griechischen Häfen – haben die Hafenarbeiter ihren Widerstand gegen die Hafenrichtlinie (Port Package II) demonstriert – und sie haben Erfolg gehabt. Am 18. Januar wies das Europaparlament mit der großen Mehrheit von 532 zu 120 Abgeordneten die auch von den Verbänden der Hafenunternehmen scharf kritisierte Hafenrichtlinie der EU-Kommission zurück. Ablehnung kam aus allen Fraktionen, lediglich bei der EVP fand sich eine Mehrheit für Port Package II. (siehe auch PB 1, , S. 10, Bild: Indymedia Belgien)

Irak: Gewerkschaftsverbände einigen sich auf Forderungskatalog

Alle gewerkschaftlichen Organisationen haben sich auf einen 8-Punkte-Forderungskatalog verständigt, der sich gegen die Politik des Ausverkaufs richtet. Die Forderungen im Einzelnen: IWF und Weltbank sollen ihre Politik der Erpressung für „Strukturreformen“ beenden, öffentliche Betriebe unterstützt werden, die Streichung der Nahrungsmittelhilferückgängig gemacht, die Verbraucherpreise für Ölprodukte nicht weiter erhöht werden; die Privatisierungen im Energiesektor, im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie im Transport- und Bausektor sollen beendet, neue Arbeits- und Sozialversicherungsgesetze verabschiedet werden, die grundlegende Arbeiterrechte beinhalten; die Schulden, die durch die Politik des Saddam-Regimes gemacht wurden, sollen gestrichen werden. (Quelle: www.labourfriendsiraq.org.uk)

Teheran: Vorsitzender der Busfahrergewerkschaft weiter in Haft

Die Internationale Transportarbeitergewerkschaft teilt mit, dass der Vorsitzender der Gewerkschaft der Teheraner Busfahrer, Mansur Ossanlou, trotz anhaltender Protestaktionen nach wie vor in Haft ist (s. PB 1, S. 9). Kein Anwalt hat Zugang zu ihm, auch medizinische Versorgung wird ihm vorenthalten. Die Anklage wirft ihm nun vor, Kontakt mit oppositionellen Gruppen im Ausland zu unterhalten, die einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung planten. Ihm also im Fall eines Prozesses eine hohe Strafe. (www.icftu.org)

Norwegen: PKK ist eine legitime Organisation

Wie eine Sprecherin des Außenministeriums gegenüber der ANF mitteilte, betrachtet die norwegische Regierung die PKK als legitime Organisation. „Die EU hat diese Organisation auf ihre Terrorliste genommen. Aber für uns ist das nicht akzeptabel“, wird sie zitiert. Das Außenministerium verfolge die kurdische Frage und stehe im Kontakt mit kurdischen Gruppen. Kürzlich hatte das Außenministerium mitgeteilt, dass Norwegen die EU-Terrorliste nicht als bindend betrachte. Auf die Frage, ob die Regierung die PKK oder Kongra Gel nicht als terroristisch ansehe, antwortete sie: „Um sich eine Meinung über diese Organisationen zu bilden, müssen wir direkt mit ihnen in Kontakt treten und uns zu einem Meinungsaustausch zusammenfinden. Erst dann können wir ein Urteil fällen. Wir können sie nicht als terroristisch bezeichnen, nur weil die EU das tut.“ Im letzten Jahr hatten 20 norwegische Intellektuelle und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die EU mit einer Petition aufgefordert, die PKK von der Terrorliste zu streichen. (Quelle: ANF 17.1., ISKU)

Vietnam: Nach Streikwelle Erhöhung des Mindestlohns

Mehr als 40.000 Lohnabhängige in den für den Export produzierenden Zonen v.a. in den Regionen Hanoi und Ho Chi Minh Stadt haben in den letzten Wochen Streiks durchgeführt. Streiks fanden in den meisten ausländischen Fabriken statt – u.a. bei Freetend, einem taiwanischen Unternehmend, das Schuhe für Nike und Adidas herstellt – und richteten sich gegen die herrschenden Dumpinglöhne und unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Arbeiter, die z.B. Stofftiere für Disney herstellen, erhielten keine 2 Dollar pro Tag. Die Frauen bei Beatech Vina mussten Tag für Tag die vorgeschriebene Menge herstellen und dazu oft bis 22.00 Uhr, manchmal sogar bis Mitternacht arbeiten. Einer Untersuchung zufolge hatten nur 9 von 40 Unternehmen Arbeitsverträge mit allen Beschäftigten abgeschlossen, in 4 Fabriken gab es überhaupt keinen Arbeitsvertrag, in Folge dessen auch keine Sozialversicherung. Sechs Jahre lang hat die Regierung die Mindestlöhne nicht erhöht, während die Preise um 28% stiegen. Die Streiks haben jetzt immerhin erreicht, dass die Mindestlöhne in den Großstädten um 40% auf umgerechnet etwa 55 Dollar im Monat erhöht wurden, in den Außenbezirken der Städte und in anderen Industrieparks abgestuft weniger. Aber obwohl der Mindestlohn jetzt weitgehend über den Löhnen liegt, die die Streiks in den verschiedenen Firmen durchgesetzt haben, liegt er immer noch unter dem Mindestlohn in China (umgerechnet 63 US-Dollar). (www.umwaelzung.de/ und www.ipsnews.net)

Baskenland: Tausende gegen Verbot des Batasuna-Kongresses

Um den Parteitag der bereits vor drei verbotenen baskischen Partei Batasuna zu verhindern, hat der spanische Nationale Gerichtshof am 19.1. erneut „vorläufig“ alle Aktivitäten von Batasuna verboten. So fand der Parteitag zwar nicht statt; doch versammelten sich am 21.1. viele tausend Menschen auf Aufruf baskischer Parteien und Gewerkschaften am Kongresszentrum in Barakaldo. Angereist waren auch 35 Beobachter aus der ganzen Welt; ein Vertreter der irischen Sinn Fein Partei sprach den Basken Mut zu. Wenn die sozialistische spanische Regierung Frieden wolle, müsse sie dafür sorgen, dass sich alle Beteiligten frei äußern könnten. Er erinnerte an alle Provokationen und Störungen des irischen Friedensprozesses und forderte dazu auf, trotz allem am Friedensweg festzuhalten. Höhepunkt der Versammlung war die Rede des Batasuna-Sprechers Arnaldo Otegi, dessen Haftstrafe unmittelbar zuvor ausgesetzt worden war. Otegi legte die Grundlinien der weiteren Politik dar: Der Friedensprozess sei auf dem richtigen Wege. Um so weiter er forschreite, um so größer würden die Hindernisse und Provokationen der Ultrarechten. Trotz aller Verbote werde es zwei Runde Tische zur Konfliktlösung geben, wie es die Partei vor einem Jahr vorgeschlagen hat, und man werde an den Gesprächen teilnehmen. (Quelle: Ralf Streck, div. Artikel auf Indymedia)

Zusammenstellung: scc

BÜTZOW. Die togoischen Regimegegner Alassane Moussaou und Anani Komi Adzrakou sind in den unbefristeten Hungerstreik getreten! Herr Moussaou, bekannter Aktivist der „Internationalen Kampagne gegen die Diktatur in Togo und anderen Afrikanischen Ländern“, befindet sich seit dem 2. Dezember 2005 in Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) in Abschiebehaft. Am 10. Januar 2006 scheiterte ein erster Abschiebeversuch am Hamburger Flughafen, da der Pilot die Mitnahme verweigerte. Trotz breiter Proteste, des dringenden Antritts des UNHCRs, seinen Fall komplett neu zu überprüfen, und der Forderung des Petitionsausschusses des Landtags halten die Behörden und das Innenministerium an seiner Abschiebung fest. Auch Herr Adzrakou protestiert gegen die Missachtung seiner Rechte und die drohende Abschiebung in die Diktatur Togo. Am 9. und 19. Januar fanden in Schwerin und Berlin Solidaritätskundgebungen statt. *Bild: Birgit Gärtner, www.umbruch-bildarchiv.de* www.thecaravan.org



VVN-BdA gegen Schäubles Pläne für Bundeswehreinsätze im Inneren

BERLIN. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) warnt vor dem Vorhaben von Innenminister Schäuble, die Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft vor Stadien, Flughäfen und Mannschaftsquartieren zum Objektschutz einzusetzen. Schäuble wolle die Gelegenheit nutzen, um sein 15 Jahre altes Vorhaben publikumswirksam umzusetzen. Das wäre der nicht hinnehmbare Durchbruch für den generellen Einsatz der Bundeswehr im Inneren, kritisierte VVN-BdA-Vorsitzender Werner Pfennig. Die VVN-BdA lehnt eine Grundgesetzänderung strikt ab. Dies legt fest, dass die Bundeswehr allenfalls zur Verteidigung des Landes vorgesehen ist. Alles andere ist verfassungswidrig.

Die VVN-BdA schließt sich auch der öffentlichen Kritik an Wolfgang Schäubles Legalisierung durch Folter erzwungener Aussagen an. Die Verfolgtenorganisation erinnert daran, dass die schlechende Legalisierung der Ermittlungsergebnisse terroristischer Geheimdienst- und Polizeidienststellen jahrzehntelange bundesdeutsche Praxis ist. Dies äußerte sich in der Übernahme von erzwungenen Aussagen von Nazigerichten und der Gestapo durch Nachkriegsbehörden, die damit unzählige Opfer des Faschismus um ihre Wiedergutmachung oder um die Streichung aus Vorstrafenregister brachten.

Die VVN-BdA appelliert an die Friedensbewegung und die Gewerkschaften, sich – ähnlich wie zu Zeiten des Kampfes gegen die Notstandsgesetze – gegen die Pläne des Innenministers und der Militärs zu wenden. Mit den Notstandsgesetzen von 1968, mit denen die Verfassung verändert wurde, regelte die vorletzte Große Koalition den Bundeswehreinsatz im Spannungs- und Vertei-

digungsfall. Nun stehen neue Interpretationen und gar Grundgesetzänderungen bevor, die weit über das hinausgehen, was Bundeswehr und CDU damals anstreben. Widerstand gegen den Verfassungsbruch ist daher notwendig.

www.vvn-bda.de

BHG hält Flughafenverbot für Abschiebegegnerin für rechtmäßig

FRANKFURT A.M. Der 5. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 20.1.2006 das Hausverbot der Flughafenbetreibergesellschaft FRAPORT gegen eine Abschiebungsgegnerin für rechtmäßig erklärt. In seiner Entscheidung vertritt er die Auffassung, dass die FRAPORT keine Demonstrationen „oder ähnliche Aktionen“ dulden müsse, wenn diese konkret geeignet seien, eine Störung des Flughafenbetriebes herbeizuführen (Az.: V ZR 134/05). Mit der Entscheidung des BGH wird wie in den Vorinstanzen das Hausrecht des Betreibers über das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gestellt. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie weit die faktische Einschränkung der Versammlungsfreiheit gehen darf, wenn – nicht nur an Flughäfen – immer mehr

öffentlicher zu privatem Raum umdefiniert wird, fand nicht einmal ansatzweise statt. Bürger- und Menschenrechtsorganisationen haben den Prozess beobachtet, darunter das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebungen und PRO ASYL. Aber auch Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich für das Grundrechtsverständnis der FRAPORT mit Blick auf die geplante Flughafenerweiterung interessieren, waren vertreten. Die Organisationen begrüßen die Absicht der unterlegenen Klägerin, nun vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, damit die Versammlungsfreiheit nicht als Grundrecht dritter Klasse nur noch an Orten ausgeübt werden kann, die Privatunternehmer mangels Profitinteresse als Restöffentlichkeit und Demonstrationsgelände übrig gelassen haben.

www.aktivgegenabschiebung.de

Keine Kürzung bei der Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten

KÖLN. In einem offenen Brief vom 9.1.2006 an die Regierungskoalition in NRW kritisiert die Grüne Ratsfraktion die Pläne der Landesregierung zur Kürzung der Mittel bei der externen Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten in NRW: „Für den Fall, dass Sie die geplante Kürzung umsetzen, wäre es den Trägern nicht mehr möglich, dieses wichtige Angebot aufrecht zu erhalten. Bei einem Zuschuss von 35% zu den Personalkosten für derzeit 5 MitarbeiterInnen für die JVA Köln beteiligen Sie sich mit ca. 102.000. Einer Umfrage bei den SozialarbeiterInnen zufolge haben ca. 50% der männlichen und 70% der weiblichen jugendlichen Inhaftierten ein Drogenproblem. Mit insgesamt ca. 1.000 Beratungsanfragen und über 150 Vermittlungen in eine Entzündungsbe-



handlung arbeiten die 5 eingesetzten externen MitarbeiterInnen äußerst effektiv. Zudem entlasten sie den Landeshaushalt, weil durch die Vermittlung in einen Therapieplatz in vielen Fällen die Haftdauer verkürzt wird; hier gilt der Grundsatz ‚Therapie statt Strafe‘, der auf allen politischen Ebenen Konsens ist. Köln wäre wie fast alle anderen Kommunen nicht in der Lage, zusätzlich die fehlenden Landesmittel für die externe Beratung in der JVA aufzubringen ... Wir appellieren an Sie als Mehrheitsfraktionen, gestützt auf die Kölner Erfahrung und auf das Kölner Engagement, das von den 4 großen Ratsfraktionen einmütig getragen wird, die Drogenarbeit in den JVAs durch ungekürzte Weiterfinanzierung zu sichern.“

www.gruenekoeln.de

Tausch: Mehr Richtlinienkompetenz oben und mehr Mitwirkung unten

BERLIN. Nach jahrlangem Streit haben sich die Berliner Regierungsparteien auf folgenden Kompromissvorschlag geeinigt: Entsprechend dem SPD-Wunsch soll das Abgeordnetenhaus künftig nur noch den Regierenden Bürgermeister und nicht mehr die Senatoren wählen. Über deren Ernennung bzw. Entlassung entscheidet dann der Bürgermeister. Letzterer muss auch die Richtlinien zur Regierungspolitik nicht mehr vom Abgeordnetenhaus billigen lassen. Im Gegenzug dazu konnte die Linkspartei einige ihrer Forderungen bzgl. Volksbegehren und -entscheide durchsetzen. In Zukunft sollen die Zustimmungsquoren deutlich gesenkt und die Fristen für die Sammlung von Unterstützerunterschriften verlängert werden. Zweitens sollen Volksbegehren auch dann erlaubt sein, wenn sie finanzielle Auswirkungen haben, und Verfassungsänderungen möglich sein, sofern zwei Drittel der Wahrberechtigten am Referendum teilnehmen und mehr als die Hälfte zustimmen. Drittens sollen an Volksinitiativen, die das Parlament zur Befassung mit einem bestimmten Thema zwingen, alle Berliner Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, egal welcher Nationalität, teilnehmen können. Zur Verwirklichung dieser Projekte muss im Abgeordnetenhaus eine Zweidrittelmehrheit einer Verfassungsänderung zustimmen, also auch die Opposition. Die CDU will zustimmen, sofern der Regierende Bürgermeister „eine vollständige Richtlinienkompetenz“ erhält, für die FDP „stimmt die Richtung“ und die Grünen sind „gesprächsbereit“. bab

Am 16. März 2006: Runder Tisch der Erwerbslosen-/Sozialhilfeinitiativen

KASSEL. Der Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen ruft Erwerbslose, Einkommenslose und Einkommensschwache, Wohnungslose, Ge-

werkschafterInnen, Wohlfahrtsverbände, sozial engagierte und couragierte BürgerInnen auf, Tribunale gegen Hartz IV in den Städten und Regionen zum Frühjahr vorzubereiten: „Damit können wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die konkrete soziale Situation, auf Schikanen und auf skandalöses Verwaltungshandeln lenken. Verantwortliche dafür sollen benannt und zu den Tribunalen öffentlich eingeladen werden. Damit unsere Existenzbedrohende Situation in die öffentliche Wahrnehmung gelangt, schlagen wir vor, am 16. März 2006 Tribunale gegen Hartz IV bundesweit in den Städten und Regionen durchzuführen. Der Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen regt darüberhinaus an, im Sommer 2006 ein Hartz IV-Tribunal auf Bundesebene zu organisieren. Dazu nehmen wir gern die Erfahrungen und die Anregungen von Einzelpersonen und lokalen Initiativen zu den Tribunalen gegen Armut und Elend auf. Bitte teilt uns Eure Meinung und Eure Mitwirkungs- und Unterstützungsangebote für ein Hartz IV-Tribunal auf der Bundesebene bis Mitte Februar 2006 mit, email: der_runde_tisch@web.de.“

www.labournet.de

Am 25. März 2006: Großdemonstration gegen Sozialabbau in Berlin ?

KÖLN/DÜSSELDORF. Mit einer Großdemonstration wollen soziale Bewegungen am 25. März in Berlin gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung protestieren. Auf diesen Termin haben sich am 21.1.2006 in Köln Vertreter von Montagsdemonstrationen und Sozialforen geeinigt. Der Protest wird allerdings zunächst ohne Beteiligung der Gewerkschaften ablaufen. Auch ATTAC hat sich noch nicht festgelegt. Die Großdemonstration war auch Thema beim „Gesellschaftspolitischen Forum Nr. 5“, das am gleichen Wochenende in Düsseldorf stattfand. Das u.a. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung initiierte Treffen, das über „linken Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung“ beriet, war mit gut 250 Teilnehmern auf überraschend große Resonanz gestoßen.

Quelle: www.jungewelt.de, 23.1.06

30 Organisationen starten Kampagne gegen „Terminator“-Technologie

BERLIN. In einer gemeinsamen Kampagne fordern mehr als 30 Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Agrarbereich, die so genannte „Terminator-Technologie“ weltweit zu ächten. Mit diesem neuen gentechnischen Verfahren wollen Saatgutkonzerne Pflanzen unfruchtbar machen und damit verhindern, dass Landwirte einen Teil ihrer Ernte aufzubewahren und im folgenden Jahr als Saatgut verwenden. Bisher wird die Anwendung dieser Technik durch ein Moratorium der Biodiversitätskonvention verhindert, doch dieses ist in Gefahr.

Die Kampagne unter dem Motto „Terminator-Technologie ächten – Freie Saat statt tote Ernte“, die am 10.1.2006 in Berlin vorgestellt wurde (*Bild*), richtet sich gegen diesen Versuch, die gefährliche Technik hoffnig zu machen. Rudolf Buntzel vom Evangelischen Entwicklungsdienst betonte die Gefahr gerade für kleine Landwirte im Süden: „1,4 Milliarden Menschen hängen direkt in ihrem Lebensunterhalt vom eigenen Saatgutnachbau ab. Terminator-Technologie ist lebensvernichtend, denn sie bringt diese Menschen um ihre Ernährungssicherheit.“ Georg Janssen von der Arbeitsgemeinschaftliche Landwirtschaft (AbL) warnte: „Entweder können Bäuerinnen und Bauern bestimmen, was sie säen, und damit über die Vielfalt auf den Äckern entscheiden. Oder eine Handvoll multinationaler Saatgut-Unternehmen wird vom Acker bis zum Teller des Verbrauchers bestimmen, was angebaut und gegessen wird.“

Ziel der Kampagne ist es, zunächst möglichst viele Unterstützer für ein gemeinsames Positionspapier zu gewinnen. Darin fordern die unterzeichneten Organisationen von der Bundesregierung, das Verbot der Terminator-Technologie im deutschen Gentechnik-Gesetz zu verankern. Zudem soll sich die Regierung dem Vorstoß, das internationale Moratorium zu beenden, entgegenstellen und sich stattdessen für eine Stärkung des weltweiten Verbots einsetzen.

www.cbgnetwork.org

Zusammenstellung: baf



ver.di kämpft für Arbeitsplätze – 40-Stunden-Woche kommt nicht in Frage

STUTTGART. Dem Südwesten stehen turbulente Wochen bevor. Denn nach wie vor beharren die kommunalen Arbeitgeber auf eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Angestellte und Arbeiter. Statt bisher 38,5 Stunden sollen sie künftig 40 Stunden die Woche arbeiten. ver.di hat auf diese Forderung nur eine Antwort: „Nicht mit uns.“ Weil längere Arbeitszeiten Arbeitsplätze vernichten und den Stellenabbau bei Städten, Gemeinden und Landkreisen forcieren. Die Folge: Junge Leute haben erst gar keine Chance auf eine feste Stelle bei den Kommunen.

„Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit müssen wir die Arbeit auf mehr und nicht auf weniger Schultern verteilen“, argumentierte ver.di-Sekretär Wohlfart. „Arbeitszeitverlängerung aber beschleunigt den Stellenabbau nahezu zwangsläufig.“ ver.di mache sich für den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche stark, weil nur so Arbeitsplätze gesichert werden können. Eine Verlängerung der Arbeitszeit habe zur Folge, dass junge Leute nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden und auf der Straße stehen. „Auch wegen der Jugend darf der Stellenabbau bei den Kommunen nicht noch beschleunigt werden.“

Dass die Arbeitgeber diesen Zusammenhang leugneten, bezeichnete Wohlfart als „reine Augenwischerei“. Allein die Haushaltsslage zwingt die Städte und Gemeinden bei einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit entsprechend Stellen zu streichen. Bei einer Arbeitszeitverlängerung sieht ver.di weitere 10.000 Stellen bei Land und Kommunen im Südwesten in Gefahr. Zudem befürchten die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, dass es bei der 40-Stunden-Woche nicht bleibt: „Das ist nur ein erster Schritt“, sind sich viele sicher. Eigentlich hätten die Arbeitgeber bereits Wochenarbeitszeiten von über 40 Stunden im Blick. „Erst werden die Arbeitszeiten für die Beamten heraufgesetzt, dann sollen wir nachziehen“, ärgert sich ein Beschäftigter der Freiburger Stadtverwaltung.

Die Arbeitgeber der Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg hatten die Regelungen zur Arbeitszeit gekündigt, kaum dass der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Kraft getreten war. Dabei sind in den TVöD Regelungen aufgenommen worden, die eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit für die Beschäftigten der Kommunen ermöglichen. Der Chef des kommunalen Arbeitgeberverbandes, der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder (SPD), machte in den Tarifverhandlungen unmissverständlich deutlich, wohin

die Reise gehen soll. Die Arbeitgeber wollen sparen – und zwar beim Personal. Arbeiten die Beschäftigten länger, werden weniger Mitarbeiter gebraucht. So können Personalkosten sinken.

Und nur deshalb halten sie – trotz aller Proteste der Beschäftigten – an ihrer

beschäftigt bereits im Dezember gezeigt, wie ernst es ihnen mit dem Erhalt der 38,5-Stunden-Woche ist.

Deutliches Signal der Beschäftigten

Die meisten der etwa 200.000 Mitarbeiter bei Städten, Gemeinden und Landkreisen wären von einer möglichen Arbeitszeitverlängerung betroffen – wie Krankenschwestern und Pfleger in Kliniken der Städte und der Landkreise, Verwaltungsangestellte, Mitarbeiter der Bauhöfe, der Kindertageseinrichtungen, der Garten- und Friedhofsämter, der Stadtreinigung und der Müllabfuhr. Viele von ihnen haben deutlich gemacht, dass sie bereit sind, für den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche zu kämpfen. Für sie gilt: „Mehr Arbeit, weniger Lohn – ein Hohn.“ So bewerteten sie die Pläne der kommunalen Arbeitgeber. Denn eine Verlängerung der Arbeitszeit entspricht einem Lohnverlust von etwa vier Prozent.

Die Beteiligung an den Aktionen im Dezember vergangenen Jahres wertet die Gewerkschaft als ein deutliches Signal der Beschäftigten. Ob Sozialamt, Müllabfuhr, Kliniken oder Pflegeeinrichtungen – die Beschäftigten sagen eindeutig nein zu den Plänen der Arbeitgeber, die Arbeitszeit zu verlängern. Und die Aktionen waren nur ein kleiner, sanfter Vorgesmack auf das, was kommt, wenn die Arbeitgeber nicht einlenken, heißt es unisono in den Betrieben.

http://bawue.verdi.de/streik_kommunen



Stuttgart-Degerloch: „Wir sind gekommen um zu bleiben!“ Das ist das Motto der rund 600 Jugendlichen Baden-Württembergs, welche dem Streikaufruf von ver.di am 23. Januar 2006 gefolgt sind, um der Tarifkommission gemeinsam mit den rund 400 streikenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tatkräftig den Rücken zu stärken, die Forderung des KAV nach der 40 Stundenwoche abzuwenden.

Haltung fest: stur und unerbittlich. Möglicherweise glauben sie auch, der Unmut ihrer Arbeiter und Angestellten ist nur vorübergehender Natur und wird sich schnell legen. Dabei haben die Be-

Kurs Richtung Urabstimmung – Hardliner im Arbeitgeberlager bringen den öffentlichen Dienst in Misskredit.

VER.DI (GL), 18.1. Im Tarifkonflikt mit den öffentlichen Arbeitgebern der Länder kündigt sich eine Verhärtung an. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), zu der alle Bundesländer außer Hessen und Berlin gehören, hatte sich durch die Kündigung der Arbeitszeitregelungen 2003 vor einem Jahr aus dem Tarifabschluss für einen Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) selbst ausgeschlossen. Die Länderarbeitgeber beharren nun auf Arbeitszeitverlängerungen und Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld. ver.di und die Tarifunion des Beamtenbundes wollen hingegen die Rücknahme von Tarifkündigungen und eine Übernahme des TVöD erreichen, und zwar ohne Arbeitszeitverlängerung und Sonderzahlungskürzungen. Zeichnet sich bei der TdL keine Bewegung ab, will ver.di in den jeweiligen Bundesländern Urabstimmungen einleiten. Zu Unmut bei

den Beschäftigten hat insbesondere die Praxis der Arbeitgeber geführt, bei Neueinstellungen, aber auch bei Höhergruppierungen und anderen veränderungen die Arbeitszeit auf bis zu zum großen Teil 42 Wochenstunden zu erhöhen. ver.di sieht inzwischen die Verhandlungen als gescheitert an, so dass keine Friedenspflicht mehr besteht.

Konflikte auch in Kommunen – Zu Tarifkonflikten kommt es auch auf kommunaler Ebene. Die kommunalen Arbeitgeberverbände in Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen haben nach Abschluss des TVöD die Arbeitszeitregelungen gekündigt und wollen 40 Wochenstunden durchsetzen. Weitere Länder wollen dem schlechten Beispiel folgen.

Als „geradezu zynisch“ betrachtet ver.di die Argumentation der öffentlichen Arbeitgeber, sie müssten Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Be-

Stadt Köln will Arbeitszeitverlängerung bei Angestellten erwirken

KÖLN. Die Stadtverwaltung hat in einer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke. Köln deutlich gemacht, dass sie die Arbeitszeiten wie bei den Beamten von 38,5 Stunden auf über 40 Stunden verlängern will. Hiervon sind rund 13.500 Beschäftigte betroffen.

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen:

„Das kann zu einem Arbeitsplatzabbau von über fünfhundert Arbeitsplätzen führen. Das lehnen wir kategorisch ab. Wir unterstützen die Gewerkschaft

ver.di, die jegliche Verhandlungen ablehnt.“

Stadtdirektor Winkelhög, der dem Spitzengremium der Kommunalen Arbeitsgeber NRW angehört, hatte in der Antwort auf die Anfrage der Fraktion Die Linken. Köln bekundet: „Die Angleichung der Arbeitszeiten der Beamten und der tariflich Beschäftigten wird daher für sinnvoll erachtet. Die Verwaltung hält deshalb die Aufnahme von Gesprächen über eine Veränderung der Arbeitszeit grundsätzlich für richtig.“

Der Kommunale Arbeitsgeberverband NRW will solche Gespräche notfalls erzwingen. Sein Hauptausschuss, dem auch Stadtdirektor Winkelhög an-

gehört, hatte erklärt: „Die VKA-weit geltende Arbeitszeitvorschrift des § 6 Abs. 1 Buchst. b TVöD kann jederzeit auf landesbezirklicher Ebene mit einer Frist von einem Monat zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.“

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wird sich erst auf seiner nächsten Sitzung am 6. Februar mit dem Thema beschäftigen.

Detjen hierzu: „Arbeitszeitverlängerung bedeutet weiteren Stellenabbau mit der Folge weiterer Arbeitszeitverdichtung. Die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für die rund 4.000 städtischen Beamten ist daher ein Gebot der Stunde.“

Jörg Detjen, 23.1.2006

Kommunale Beschäftigte NRW

Keine Arbeitszeitverlängerung bei der Stadtverwaltung Köln !

Auf der letzten Ratssitzung am 15. Dezember 2005 beantwortete die Stadtverwaltung aufgrund einer Anfrage der Fraktion „Die Linke. Köln“ im Rat der Stadt Köln, wie sie zu den beabsichtigten Veränderungen der Arbeitszeiten stehe, die von Seiten des kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen verändert werden sollen.

Die Antwort:

Zitat aus der Verwaltungsvorlage: „Die Beschäftigten sind nach dem TVöD gegenüber den Beamten, bei denen zum 1. Januar 2004 eine längere Wochenarbeitszeit eingeführt wurde, besser gestellt. Dies stellt nicht nur eine unbefriedigende systematische Ungleichbe-

handlung dar, sondern führt auch zu praktischen Problemen im Arbeitsalltag (z. B. bei der Stellenplanbemessung und der gesamtstädtischen Arbeitszeitgestaltung).

Die Angleichung der Arbeitszeiten der Beamten auf die tariflich Beschäftigten wird daher für sinnvoll erachtet. Die Verwaltung hält deshalb die Aufnahme von Gesprächen über eine Veränderung der Arbeitszeit grundsätzlich für richtig.“

Der Verwaltung ist wohl nicht bekannt, dass die Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten durch Rechtsverordnung verfügt wird und nicht durch einen Tarifvertrag verhandelt bzw. vereinbart wird. Der Fachbereich Gemeinden bei ver.di lehnt auch weiterhin die Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte ab, weil dadurch die Arbeitnehmer immer gegenseitig ausgespielt werden. Es kann nicht angehen, dass ein Teil von Beschäftigten per Verfügung Arbeitszeiten auferlegt werden, was einem Lohnraub gleich kommt.

Durch den neuen Tarifvertrag TVöD, der in den Bereichen Arbeitszeit und Leistungsbezahlung noch bis 2007 konkret ausgehandelt werden muss, sind Merkmale der flexiblen Arbeitszeit enthalten, die gemeinsam mit dem Arbeitgeber verhandelt werden müssen. Dabei gehen wir davon aus, dass weiterhin die 38,5-Stunden-Woche erhalten bleibt.

Beschäftigte sollen für lau arbeiten Nun werden einige sagen, anderthalb Stunden zusätzlich in der Woche, das macht nichts. Das sind täglich 18 Minuten mehr. Die Rechnung des Arbeitgebers aber sieht so aus: Die tägliche Mehrarbeit von 18 Minuten wird nicht bezahlt. Wenn 100 Beschäftigte täglich 18 Minuten mehr arbeiten, so sind das in der Woche 150 Stunden. Bei einer 38,5-Stunden-Woche entspricht das ei-

nem Personalabbau von 3,75 Stellen. Für die verbleibenden Arbeitnehmerinnen bedeutet das unbezahlte Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung.

Des weiteren bedeutet dies, aufgrund der Größenordnung der Beschäftigtenzahlen bei der Stadtverwaltung Köln, einen weiteren Personalabbau von ca. 500 Stellen, sprich ca. 500 Arbeitslose mehr.

Längere Arbeitszeiten schaffen und sichern keine Arbeitsplätze. Durch Arbeitszeitverlängerung werden nicht nur zusätzlich Arbeitnehmerinnen arbeitslos, sondern sie verhindert auch, die dringend notwendige Binnennachfrage zu steigern.

Gerade wurde der neue Tarifvertrag TVöD unterschrieben, in dem die Gestaltungsmöglichkeiten noch lange nicht ausgehandelt sind. Dabei war von vorne herein klar, dass es keine Arbeitszeitverlängerung über 38,5 Std. geben wird.

Hier muss man sich die Frage stellen, was man von Vertragspartnern eigentlich hält, die den Vertrag schon wieder ändern wollen, bevor die Tinte seiner Unterschrift noch nicht einmal trocken ist? Genau so verhält sich jetzt die Kommunalverwaltung. Kaum haben sie eine Jahrhundertreform in der Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst mit uns vereinbart, schon kündigen sie die Regelungen zur Arbeitszeitverlängerung an. So werden Tarifverhandlungen zur Farce.

Der Fachbereich Gemeinden bei ver.di, Bezirk Köln fordert alle Beschäftigten der Stadtverwaltung Köln auf, sich gegen diese Angriffe nachhaltig zu wehren, um Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern.

PM ver.di Bezirk Köln, Fachbereich Gemeinden, Walter Büchner, Gewerkschaftssekretär, 4.1.2006

11 Städte klagen gegen das Land Niedersachsen. HANNOVER. Rund die Hälfte der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise in Niedersachsen sind nicht mehr in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Vielmehr werden von ihnen über 4 Milliarden Euro an Kassenkrediten aufgenommen, um ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen. „Dies liegt nicht an mangelnder Sparsamkeit der Kommunen, die schon lange jeden Cent zweimal umdrehen. Vielmehr kürzt das Land Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Bundesländern über Jahre drastisch seine Zuweisungen an die Kommunen, um seinen eigenen Haushalt in Schuss zu bringen“, erklärten der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Rainer Timmermann, und der Präsident des Niedersächsischen Städttetages (NST), Dr. hc. Martin Biermann, am 3.1.2006 in Hannover.

Als Maßnahme gegen die zu Jahresbeginn 2005 wirksam gewordene Reduzierung der Finanzausgleichsmittel des Landes an die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen die beiden Spitzenverbände gemeinsam eine Verfassungsbeschwerde, die von 11 Städten und Gemeinden vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg geführt wird. „Die jetzige Landesregierung enthält durch diese Kürzung den Kommunen erneut 150 Mio. Euro im Jahre 2005 vor, nachdem die vorherige Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich bereits um 250 Mio. Euro reduziert hatte. Diese erneute Kürzung soll in den Folgejahren fortgesetzt werden. Angesichts ihres ungeschmälerten Aufgabenbestandes können die Städte und Gemeinden dies nicht verkraften“, sind sich Biermann und Timmermann einig. Die Kommunen wollen mit ihrer Klage erreichen, dass sie auch künftig, neben den Pflichtaufgaben, die sie für das Land wahrnehmen müssen, noch Geld für freiwillige Aufgaben, wie zum Beispiel die Pflege und Unterhaltung von Sportplätzen oder Schwimmbädern, für Freizeitangebote und Naherholung oder örtliche Kulturprojekte, aber auch für die Ausstattung der Feuerwehren, aufwenden können, ohne dafür Kredite aufnehmen zu müssen.

www.nsgb.info

Finanzschwache Kommunen sollen auf Hebesätze bei Steuern verzichten. DÜSSELDORF. Mit einem Runderlass an die Kommunalaufsichten in den jeweiligen Regierungsbezirken hat NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) den leeren kommunalen Kassen im Land einen weiteren Schlag versetzt. So galt bislang das Prinzip, dass Kommunen, die sich in einer Haushaltsnotlage, also einem nicht genehmigungs-

fähigen Haushaltssicherungskonzept, befanden, die Hebesätze, der für sie beeinflussbaren Steuern auf ein erhöhtes Maß anheben mussten, um so auch durch größere Einnahmen den städtischen Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Nun wird für Kommunen, die in Zukunft ein Haushaltssicherungskonzept einhalten müssen, auf diese Notwendigkeit verzichtet. Dies wird mit dem fadenscheinigen Argument, eine Steuerspirale nach Oben durchbrechen zu wollen, begründet. Ingo Wolf setzt offenkundig darauf, dass die Kommunen noch stärker als bisher den untauglichen Versuch unternehmen, nur durch Begrenzung der Ausgaben die unzulängliche kommunale Finanzausstattung zu kompensieren. Folge dieser Praxis sind personell ausgelaugte Verwaltungen, Privatisierungen, Sozial- und Leistungskürzungen sowie der Verzicht auf kommunale Investitionen.

Die Linkspartei tritt dem entgegen: Wer zu verhindern versucht, Einnahmezuwächse der Kommunen zu sperren, der leistet einen Beitrag zum weiteren Ausbluten der kommunalen Selbstverwaltung. Gerade die Gewerbesteuer ist im Aufkommen für die Kommunen unverzichtbar. Die Linkspartei lehnt die Maßnahmen des Innenministers ab und bekräftigt ihre Forderung nach einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen, in der die notleidenden Städte und Gemeinden endlich wieder die Finanzmittel zur Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben erhalten.

www.pds-nrw.de

Stadt und Land zusammen denken. BERLIN. Der Deutsche Landkreistag (DLT), Spitzenverband der 323 deutschen Landkreise, hat der Grünen Woche 2006 an die Bundespolitik appelliert, die richtigen Weichen für die Entwicklung ländlicher Gebiete außerhalb der Ballungszentren zu stellen. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) forderte neben effektiven Förderinstrumenten eine ausgewogene und ganzheitliche Politik. Duppré machte darauf aufmerksam, dass die Förderpolitik nur ein Instrument zum Ausgleich von Entwicklungsbedingungen in Verdichtungsräumen und ländlichen Gebieten sei: „Wir brauchen überdies eine Politik der Ganzheitlichkeit, die Stadt und Land als Einheit versteht und zusammen denkt. Keinesfalls darf der Gesetzgeber durch die unbedachte Festlegung von Rahmenbedingungen zur Entvölkern der Fläche beitragen und so die ohnehin schon erheblichen demografischen Probleme verstärken. Dies hätte dramatische Folgen für Lebensqualität, Siedlungs- und Infrastruktur auf dem Lande. Vor diesem Hintergrund ist die Abschaf-

fung der Eigenheimzulage in Verknüpfung mit einer Reduzierung der Pendlerpauschale äußerst kritisch zu bewerten.“

www.landkreistag.de

Weniger Kindergeld für Reiche?

HAMBURG. In der Debatte über die Finanzierung beitragsfreier Kita-Angebote haben die Kommunen eine Absenkung des Kindergelds bei reichen Familien ins Gespräch gebracht. „Das Kindergeld sollte ab dem 18. Lebensjahr, am besten aber generell ab einem bestimmten Grundbetrag, sozial gestaffelt ausbezahlt werden“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, dem „Hamburger Abendblatt“ am 20.1.2006. Wenn der Staat bei allen gesellschaftlichen Gruppen kürzen müsse, sollten auch die 30 Milliarden Euro Kindergeld „viel gezielter eingesetzt werden“, die er jährlich an nur neun Millionen Empfänger auszahle. „Man sollte die Einkommensverhältnisse der Eltern genauer untersuchen.“ www.dstgb.de

Zur Gebührenfreiheit für Kindergärten.

KÖLN. Eine generelle Gebührenbefreiung für Kindergärten kann nach Auffassung des Deutschen Städttetages nur in Betracht kommen, wenn die Finanzierung dafür sichergestellt wird. „Die Idee der Gebührenfreiheit für Kindergärten hat natürlich Charme. Wer dies aber Eltern in Aussicht stellt, muss auch die Finanzierung dafür sichern“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städttetages, Dr. Stephan Articus, am 16.1.2006, immerhin beläuft sich das Gebührenaufkommen bundesweit auf rund zwei Milliarden Euro. „Der Vorschlag steht außerdem in direktem Gegensatz zu den Plänen des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Dort soll die Förderung des Landes für Kindergärten drastisch gekürzt werden, und die Kommunen sollen die fehlenden Mittel durch höhere Elternbeiträge hereinholen. Beide Lösungswege aus Berlin und Düsseldorf reichen einen ungedeckten Scheck an Länder beziehungsweise Kommunen weiter und können so nicht funktionieren.“ Die Elternbeiträge seien bereits sozial gestaffelt sind, damit Familien mit niedrigen Einkommen wenig oder gar nicht belastet werden. Mit den Elternbeiträgen würden durchschnittlich 20 Prozent der Kosten gedeckt. „Bevor neue kostenträchtige Pläne verfolgt werden, muss der weitere Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige Vorrang haben und die Finanzierung dafür voll gesichert werden“, sagte Articus.

www.staedttetag.de
Zusammenstellung: baf

Die IG Metall steht bei AEG im unbefristeten Streik um einen Sozialtarifvertrag. Auslöser ist die Produktionsverlagerung, die Electrolux nach Polen plant. Da das Werk derzeit hoch rentabel arbeitet, ist der Streik ein Druckmittel. Electrolux kann sich den Punkt ausrechnen, an dem die entgangenen Gewinne sich gegen die Kosten der IG-Metall-Forderung rechnen. Anders als bei Tarifforderungen, die einen Sockel bilden und „ewig“ weiterwirken, geht es bei dem Sozialvertrag um exakt bezifferbare Kosten. Es entsteht eine kühl berechenbare Situation, in der Electrolux den Verlust eines jeden Streiktags durch Herunterhandeln der IG Metall ausgleichen müsste. Um so erstaunlicher ist es, dass Electrolux die Streiksituation herbeigeführt hat. Rational ist das nur, wenn der Konzern nicht die Vorgänge an dieser Kostenstelle rechnet, sondern strategisch seine Bewegungsfreiheit bei der Standortsicherung veranschlagt. Dann allerdings entsteht eine brisante Situation. Der Streikverlust am Standort Nürnberg bildet dann nur einen relativ kleinen Posten in der Gesamtrechnung des Konzerns. Umgekehrt bringt die IG Metall das Streikgeld für die Mitglieder bei Electrolux ebenfalls aus übergeordneten Gründen auf.

Das eigentliche Thema ist, wie es Huber (IG Metall) und an einem anderen Tag Huber (CSU) im selben Sinne formulierten: Es könnte nicht angehen, dass europa- und weltweit operierende Konzerne die sozialen Kosten ihrer Standortsentscheidungen der Gesellschaft „vor die Füße kippen“. – Hier geht es offensichtlich um ein gesetzgeberisches Problem, das im Kampf um die öffentliche Meinung und durch Mehrheitsbildung entschieden wird. Der Kampf der Belegschaft von Electrolux hat in diesem Zusammenhang den Zweck, öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem zu lenken. Das ist eine gefährliche Situation, in der es darauf ankäme, die erforderlichen gesetzlichen Regelungen präzise zu formulieren.

Linkspartei: Die Verfassung muss gelten

Der mit überwältigender Mehrheit beschlossene Streik der AEG Belegschaft ist nach Meinung von Eva Bulling-Schröter, MdB der LINKEN aus Ingolstadt, keine Sache, die nur die Betroffenen in Nürnberg anbelangt. In einem Schreiben an die Streikleitung versichert sie den AEG-Beschäftigten ihre Solidarität und wünscht den KollegInnen viel Durchhaltevermögen.

„Jetzt ist auch die Politik gefordert, denn AEG ist kein Einzelfall“, so die Bundestagsabgeordnete. Viele andere Firmennamen könnten angefügt werden.



Bei der AEG Hausgerätewerk Nürnberg fand vom 17. Januar, 6 Uhr bis 18. Januar, 11 Uhr die Urabstimmung zur Durchsetzung eines Sozialtarifvertrags statt. Von 929 abgegebenen Stimmzetteln waren 923 mit „Ja“ und nur 6 mit „Nein“. Damit stimmten die Mitglieder mit 96,35% sehr eindeutig für einen Streik. Der Streik des AEG Hausgerätewerks Nürnberg beginnt am Freitag um 6 h in der Muggenhofer Str. vor dem Eingangstor der AEG. Bild: Harald Dix (Betriebsratvorsitzender, AEG Nürnberg)

Urabstimmung beim AEG Hausgerätewerk in Nürnberg zur Durchsetzung eines Sozialtarifvertrags abgeschlossen

96,35 Prozent stimmen für Streik

IG METALL, NÜRNBERG, 18.1. Klarer konnte die Entscheidung der Nürnberger AEG-Belegschaft nicht sein: Mehr als 96 Prozent der anwesenden IG Metall-Mitglieder stimmten mit „JA“ zum Streik zur Durchsetzung eines Sozialtarifvertrags für die rund 1 600 Tarifbeschäftigte. „Mit diesem Votum muss jedem bei Electrolux und AEG klar sein: die Belegschaft nimmt nicht ohne Weiteres den Schließungsbeschluss hin. Sie lässt sich nicht nach einem Jahr in die Sozialhilfe abschieben. Das verhindern wir gemeinsam mit den Beschäftigten“, sagte Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern.

Die IG Metall und der AEG-Betriebsrat fordern erneut Electrolux auf, den unsinnigen Schließungsbe-

schluss aufzuheben und das hochprofilierte Nürnberger Werk weiter auszulasten, dann könnte innerhalb von wenigen Stunden die Arbeit aufgenommen werden.

Leider muss die Belegschaft die materiellen Folgen der bis 2007 geplanten



Die Konzernzentralen treffen unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der Betriebe, Entscheidungen die das Leben tausender Menschen nachhaltig verändern. Entlassungen und Betriebschließungen haben tiefgreifende Auswirkungen für das Gemeinwesen ganzer Regionen.

Die fast alltäglichen Meldungen über tausendfachen Stellenabbau bei großen Konzernen machen sichtbar: „Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fehlt nicht das Geld. Schuld an der Arbeitslosigkeit von Millionen sind nicht mangelnde Gewinne, nicht zu hohe Lohnnebenkosten und schon gar nicht zu hohe Löhne. Die Hauptverantwortung liegt bei Konzernstrategen und einer Wirt-

schaftspolitik, die maximale Profite über jede soziale Verantwortung stellt.“

Wer trotz bester Gewinnsituation Werke schließt und die Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit entlässt, stellt sich außerhalb der Verfassung. Mit der Sozialpflicht des Eigentums nach Artikel 14 des Grundgesetzes ist dies nicht vereinbar. „Wenn die Verfassungsgrundsätze nicht ausreichen, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen eindeutiger gefasst werden“, so die Abgeordnete. Entsprechende Initiativen sollen, in Abstimmung mit den Betroffenen und mit Sachverständigen in die Parlamentsarbeit eingebracht werden.

eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de, www.pds-bayern.de

www.ig-metall.de dokumentierte das folgende Interview der „Nürnberger Nachrichten“ vom 14.1.2006 mit Berthold Huber

Das bedeutet eine neue Form des Klassenkampfes

Das Ringen um die Folgen des «Aus» für die Wasch- und Spülmaschinen-Fabrik in Nürnberg erlebt bundesweite Aufmerksamkeit. Gibt die IG Metall dem Fall AEG eine Vorreiterrolle in der Republik? Wir sprachen mit Berthold Huber, dem Zweiten Vorsitzenden der IG Metall in Frankfurt.

Herr Huber, nach dem Warnstreik an diesem Freitag steuert der Konflikt um AEG auf einen veritablen Streik zu. Wie wird die Urabstimmung Ihrer Meinung nach ausgehen?

HUBER: Ich nehme an, dass die Mehrheit unserer Mitglieder bei AEG für Streik stimmen wird.

Geben Sie dem Fall AEG Nürnberg eine bundesweite Vorbildfunktion?

HUBER: Keineswegs, es geht auch nicht um einen Präzedenzfall, dazu gab es mit Infineon, Otis, Heidelberger Druck und anderen schon zu viele Beispiele. Was wir tun, ist Notwehr. Denn wir können es nicht akzeptieren, dass 1700 Menschen zu den Akten gelegt werden. Wir wehren uns gegen Auswüchse eines Kapitalismus, der nur die Profite der Aktionäre im Sinn hat, ohne Rücksicht auf die sozialen Belange der Beschäftigten, die jahrzehntelang treu und engagiert für das Unternehmen gearbeitet haben. Wenn das Schule macht, bedeutet das eine neue Form des Klassenkampfes.

Was wäre aus Ihrer Sicht ein gutes Ergebnis der Verhandlungen?

HUBER: Das beste Ergebnis wäre, die Arbeitsplätze bei AEG in Nürnberg in großem Umfang zu sichern. Dafür können wir nicht streiken, das wird uns verwehrt. Deshalb streben wir einen Sozialtarifvertrag an, der den 1700 Be-

troffenen ein Stück Sicherheit geben soll. Und die Zeit, sich zu qualifizieren und eine Chance auf eine alternative Stelle zu bekommen.

Kernpunkt dieses Sozialtarifvertrages ist, dass Electrolux die Mitarbeiter bis Ende 2010 voll weiterbezahlen soll. Verfolgen Sie das Ziel, die Schließung so teuer wie möglich zu machen?

Huber: Wir wollen das Bestmögliche herausholen für die Mitarbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Das ist legitim angesichts der Ertragssituation von Electrolux und AEG, die in Nürnberg schwarze Zahlen schreibt.

Was macht die Auseinandersetzung mit Electrolux besonders schwierig?

HUBER: Wir haben es mit Managern im fernen Schweden zu tun, die keinen Millimeter abrücken von längst gefällten Entscheidungen zu Lasten des Hausgerätewerks in Nürnberg. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat leidvoll erfahren müssen, wie schwierig es ist, mit dem Electrolux-Vorstand in Kontakt zu treten: Man wird empfangen, aber nicht gehört. Und die deutsche Geschäftsführung hat – bei allem guten Willen, den ich Einzelnen unterstelle – offensichtlich keine Entscheidungsgewalt. Es ist das alte Problem, dass Firmen von ausländischen Müttern ferngesteuert werden. Aber wir werden dafür sorgen, dass AEG nicht sang- und klanglos untergeht.

Was hat die Unternehmensleitung dazu bewogen, entgegen vorherigen Ankündigungen überhaupt über einen Sozialtarifvertrag zu reden und in eine zweite Gesprächsrunde einzutreten?

HUBER: Eine Rolle spielten sicherlich die massiven Reaktionen der Beschäftigten und der Öffentlichkeit. Electrolux hat daran gemerkt, dass man in Deutschland Mitarbeiter nicht einfach mit einem Handstreich in die Arbeitslosigkeit abschieben kann. Auch dass

die IG Metall gesagt hat, sie werde im Zweifelsfall für ihre Forderungen streiken, hat eine Wende bewirkt. Denn das macht die Auseinandersetzung teuer.

Bei den altgedienten Mitarbeitern, von denen sich Konzerne wie DaimlerChrysler trennen wollen, sind Abfindungen im Spiel, die an eine Viertelmillion Euro heranreichen. Bei manchem Mittelständler bekommen die Geschäftsführer mitunter nicht mehr als einen Tritt. Ist das nicht eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit?

HUBER: Einerseits ist das richtig. Andererseits muss man sehen, dass wir bei DaimlerChrysler 2004 einen Standortsicherungsvertrag hart erkämpft haben, der betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2011 ausschließt. Wenn sich Mercedes jetzt wegen einer verschleterten Auftragslage von Mitarbeitern verabschieden will, geht das nur auf freiwilliger Basis und gegen Abfindung. Bei vielen Mittelständlern dagegen haben wir eine andere Ausgangslage. Wir erzielen auch dort immer wieder gute Ergebnisse, aber nur, wo wir stark und gut organisiert sind. Hinzu kommt: Manche Leute meinen, sie brauchen die Gewerkschaft nicht und könnten ihre Interessen allein durchsetzen. Dann kann es passieren, dass sie am Ende im Regen stehen. Denn fest steht: Die Zeiten sind vorbei, in denen automatisch alle von den erkämpften Ergebnissen profitierten. Das müssen die Menschen begreifen.

Macht es der Staat der Wirtschaft zu einfach, Werke dicht zu machen und Produktionen zu verlagern?

HUBER: Es darf nicht sein, dass Unternehmen der Gesellschaft die Sozialkosten für Entlassungen vor die Füße kippen. Die Politik sollte klar artikulieren, dass sie dazu nicht mehr bereit ist. Sie muss Unternehmen und ihre Manager in die soziale Verantwortung nehmen. Interview: ANGELA GIESE

Werksschließung alleine tragen. Neugebauer: „Wir müssen uns mit den negativen Auswirkungen herumschlagen. Um diese abzumildern, fordern wir einen Sozialtarifvertrag, der von Arbeitsplatzangeboten, Qualifizierungsmaßnahmen bis deutlich verbesserten Abfindungsbeträgen für die Betroffenen reicht.“ Darum fordert der Gewerkschafter endlich ein Angebot des Unternehmens, „über das auch verhandelt werden kann. Alles andere verhindert eine zeitnahe Regelung und verlängert den Konflikt.“

In den letzten Tagen werde seitens AEG versucht, der IG Metall in der Öffentlichkeit den „Schwarzen Peter“ zuschieben. „Leider sind die Fakten an-

ders. AEG hat Wortbruch begangen und bei der letzten Verhandlung kein Anbot vorgelegt. Da war das Ende der Fahnenstange für uns und die Belegschaft erreicht“, stellte Neugebauer fest. Für die Gewerkschaft sei nie, wie von AEG behauptet, der Streik ein Ziel gewesen, sondern eine tragbare Lösung für die Belegschaft. „Das Gegenteil ist richtig: Durch sein wochenlanges starres Verhalten habe das Unternehmen den Streik gerade zu provoziert.“

Wenn notwendig, dann ist diese kämpferische Belegschaft für eine längere Auseinandersetzung bereit. Das zeigten die Aktionen der letzten Wochen und das hervorragende Urabstimmungsergebnis, sagte Jürgen Wechsler,

2. Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg. „Gewinner werden am Ende sicher die Beschäftigten sein und nicht der Electrolux-Konzern.“

In Abstimmung mit dem Vorstand der IG Metall und der IG Metall Bayern hat die betriebliche Streikleitung beim AEG Hausgerätewerk den Streikbeginn für Freitag, den 20. Januar, festgelegt. Der Streik beginnt mit der Frühschicht um sechs Uhr. Harald Dix, betrieblicher Streikleiter bei AEG, fordert die gesamte Belegschaft auf, am Streik zur Durchsetzung des Sicherungstarifvertrags teilzunehmen. Erste Streikversammlungen finden am Freitag jeweils zum Schichtbeginn vor dem Werkstor statt.

Lohnbewegung 2006 der IG Metall:

IG Metall fordert fünf Prozent, Qualifizierung und Innovation

FRANKFURT/MAIN. 20.01. Die IG Metall fordert für die rund 3,4 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und der Ausbildungsvergütungen in Höhe von fünf Prozent. Darüber hinaus fordert die IG Metall den Abschluss eines Tarifvertrags zur Qualifizierung und Innovation (Q+I). Dieser soll die Unternehmen stärker zur systematischen Qualifizierung aller Beschäftigten und zu Innovationen bei Produkten und Prozessen verpflichten. Außerdem will die IG Metall den Abschluss eines Tarifvertrags für vermögenswirksame Leistungen erreichen. Für Nordwürttemberg-Nordbaden soll darüber hinaus der Tarifvertrag zur Fortführung von Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrags II, der Erholungszeiten für Bandarbeiter regelt, wieder Gültigkeit erhalten. Wie die IG Metall am Freitag in Frankfurt mitteilte, soll die Laufzeit der Entgelttarifverträge zwölf Monate betragen.

„Unsere Forderungen sind bezahlbar. Sie entsprechen der Leistungsfähigkeit der deutschen Metall- und Elektroindustrie,“ sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, nach den Beratungen des Vorstandes. Seit Jahren seien Lohnquote und Lohnstückkosten in der Metall- und Elektroindustrie rückläufig. Der Lohnanteil am Umsatz betrage in der Metall- und Elektroindustrie derzeit 17,4 Prozent. „Gemessen am Umsatz haben die Arbeitgeber noch nie so wenig für Löhne und Gehälter ausgegeben wie heute“, sagte Peters. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um fünf Prozent bedeute eine Kosten-

rahmen II wird es mit der IG Metall nicht geben“.

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, unterstrich die verbesserte Ertragssituation in der Metallwirtschaft. 2006 werde die Metallindustrie bei einer Produktivitätssteigerung von etwa fünf Prozent und erhöhten Absatzpreisen von rund einem Prozent glänzende Ertragsaussichten haben. „Gesamtmetall hat keinerlei Veranlassung, die Forderung unter Verweis auf notleidende Unternehmen in der Branche als zu hoch zu bezeichnen“, sagte Huber. Den Betrieben, denen es wirtschaftlich schlecht gehe, sei mit dem Pforzheimer Abkommen die Möglichkeit zur Entlastung gegeben. „Und wir wenden diese Regelung auch an. Seit Anfang 2004 in fast 600 Fällen“.

Huber unterstrich zudem die Bedeutung der qualitativen Bestandteile für die bevorstehende Tarifrunde: „Zukunftsfähige Konzepte basieren nicht auf einer kurzfristigen shareholder-value Politik. Sie benötigen Investitionen in Forschung und Entwicklung, in optimierte Arbeitsprozesse und in Qualifizierung.“ Die Praxis sehe dagegen in vielen Betrieben anders aus. Die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sei rückläufig. Im Jahr 2003 lag sie bei 26 Prozent, 1997 noch bei 30 Prozent. Ähnliche Defizite zeigten sich auch in Fragen der Innovation. So seien die Investitionen aller deutschen Unternehmen im Jahr 2004 zum vierten Mal in Folge rückläufig und auf dem tiefsten Stand seit 1992. „Das ist grob fahrlässig“, sagte Huber.

Den Abschluss eines Tarifvertrages für vermögenswirksame Leistungen habe die IG Metall bereits Anfang 2005 gefordert und Gesamtmetall ein Reformkonzept vorgelegt, sagte Huber. Verhandlungen darüber habe sich Gesamtmetall bislang verweigert. Der Tarifvertrag befindet sich seit 1. Februar 2005 in der Nachwirkung und solle erst einmal wieder in Kraft gesetzt werden. „Das ist kostenneutral“, sagte Huber. Zugleich wolle die IG Metall eine Verhandlungsverpflichtung für die verbindliche Verwendung der vermögenswirksamen Leistungen auch zur betrieblichen Altersvorsorge erzielen.

Die Tarifverträge für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie laufen am 28. Februar aus. Die Friedenspflicht endet zum 28. März. Die ersten Verhandlungen beginnen am 8. Februar in der Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland).

DIHK fordert mehr Bürokratieabbau und Deregulierung. FAZ, Di., 10.1. Der bürokratische Aufwand wird von kleinen und mittelständischen Unternehmen als das größte Hemmnis bei der Firmengründung gewertet. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der DIHK, an der über 1600 Unternehmen teilnahmen. Die größte Kritik übten die Unternehmen an der Überregulierung des Arbeitsrechts. 97% hatten für das Zusammenlegen arbeitsrechtlicher Vorschriften in einem Arbeitsgesetzbuch votiert. 70% verlangten größere Anstrengungen für eine Deregulierung. Die Betriebe litten unter dem langen Zeitraum, bis Forderungen auf dem Rechtsweg durchgesetzt seien. 44% aller Betriebe hätten die Vollstreckung von Forderungen als mangelhaft bewertet, 50% das Besteuerungsverfahren kritisiert.

Zentralverband des dt. Handwerks gegen Kombilohn. FAZ, Mi., 18.1. H.-E. Schleyer, Generalsekretär des ZDH fordert Reformen des Sozial- und Steuersystems sowie des Arbeitsmarktes an, um die Grundlagen für ein erhöhtes Wachstum und verringerte Arbeitslosigkeit zu schaffen. Zudem solle sich die Bundesregierung der europäischen Diskussion über einen verringerten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen nicht verschließen. Denkbar sei ein Steuersatz von 7 Prozent. Der Verband kritisierte die aktuelle Diskussion über die Einführung eines Kombilohns. Schleyer sagte, das einzige funktionierende Kombilohn-Modell ist das aus Arbeitslosengeld II und Schwarzarbeit. Keine noch so ausgeklügelten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können fehlende Aufträge bei Unternehmen und die Nachfrage nach Arbeitskräften ersetzen.

Gesamtmetall warnt vor kurzfristigem Denken. FAZ, Sa., 21.1. Die Lohnforderung der IG Metall nach 5 % verzerren nach Meinung von Gesamtmetall-Präsident M. Kannegiesser die Wirklichkeit: viele kleine und mittlere Unternehmen befänden sich auf dem Weg der Internationalisierung. Der Abschluss müsse ermöglichen, möglichst viel Arbeit in Deutschland zu halten. Der Arbeitgeberverband wolle mit der IG Metall darüber reden, ob es Instrumente gibt, mit denen man in den Betrieben Beschäftigung aufbauen könne, vielleicht über Dienstleistungsverträge. Es sei gut, dass sich die Konjunktur wieder belebe, jedoch verdanke die Elektro- und Metallindustrie den größten Teil ihrer Arbeitsplätze den internationalen Märkten. Bereits 4000 Betriebe mit 1,2 Millionen Beschäftigten gehörten heute schon außerhalb Deutschlands zur deutschen Metallbranche. Der deutsche Markt sei wichtig, aber eben nur einer von vielen. *Presseauswertung: rst*



belastung für die Unternehmen von nur 0,88 Prozent. „Es ist deshalb nicht nur heuchlerisch, sondern peinlich, wenn die Arbeitgeber auch in dieser Tarifrunde das Klagelied über die hohen Lohnkosten anstimmen.“

Als Thema, das die gesamte IG Metall angehe, bezeichnete Peters die Fortführung und Übertragung des Lohnrahmentarifvertrages II im Tarifgebiet Baden-Württemberg. Der Tarifvertrag, der von den Arbeitgebern in einem Willkürakt gekündigt worden sei, sichere den Beschäftigten am Fließband und in Taktarbeit Erholzeiten und die Mitbestimmung bei der Personalbesetzung. „Einen Tarifabschluss ohne den Lohn-

Schatzmeister ist von seinem Amt zurückgetreten Die Pressesprecherin der Linkspartei.PDS A. Nüßlein teilt mit:

Auf dem Bundesparteitag in Dresden (10./11. Dezember 2005) wurde Bernhard Walther zum Schatzmeister der Linkspartei.PDS gewählt. Er hatte zuvor seine Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit offengelegt. Der Parteivorsitzende Lothar Bisky hatte am 29. November 2005 Akteneinsicht bei der Birthler-Behörde beantragt. Die Akteneinsicht wurde bisher nicht gewährt.

Bernhard Walther hat sich am 14. Januar 2006 mit einem persönlichen Brief an Lothar Bisky gewandt und ihm mitgeteilt, dass er von seiner Wahlfunktion zurücktritt, aber weiterhin in der Linkspartei.PDS aktiv sein wird.

Dazu der Parteivorsitzende Lothar Bisky: „Es ist die Entscheidung von Bernhard Walther, ich respektiere seine Gründe. Wir werden weiterhin eng mit ihm zusammenarbeiten und gern auf seine Fachkompetenz zurückgreifen.“

Am 14./15. Januar tagte in Berlin der Vorstand der Partei der Europäischen Linken (EL). Im Mittelpunkt der Beratung unter Leitung des Vorsitzenden Fausto Bertinotti (Vorsitzender der Rifondazione Comunista Italien) standen die Verständigung über konkrete Arbeitsvorhaben, Aufgaben und Aktionen der Europäischen Linken im Jahr 2006.

Dazu gehören: • ein Relaunch des Kampfes für Abrüstung und gegen Massenvernichtungswaffen mit besonderem Bezug zum Mittelmeerraum, • friedensstiftende Maßnahmen im Nahen Osten, • ein aktiver Beitrag bei der Erarbeitung einer „Prinzipiencharta für ein anderes Europa“ auf dem 4. Europäischen Sozialforum Anfang Mai in Athen, • die Verhinderung bzw. grundlegende Veränderung der Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein) als Beitrag für eine demokratische Sozial- und Beschäftigungspolitik in Europa, • die Erarbeitung einer linken Energiepolitik. Einen breiten Raum nahmen in der Diskussion die konkreten Impulse der EL für das Agieren der politischen Linken, der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ein. Es wurde die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen linken politischen und sozialen Kräften bei der Veränderung Europas unterstrichen. „Diese Fragen lösen wir gemeinsam oder gar nicht“, fasst Fausto Bertinotti die entsprechende Debatte im Vorstand zusammen. Die Chancen Europas lägen in der Einmischung durch die Bürgerinnen und Bürger und in der Verantwortung der Politik, die gescheiterten neoliberalen Antworten nicht länger zur Grundlage der Politik zu ma-

chen. Deshalb wird die Europäische Linke die Brücken zum Europäischen – und zum Welt-Sozial-Forum, zum Netzwerk des Neuen Europäischen Linken Forums (NELF), zu Gewerkschaften und anderen sozialen Initiativen ausbauen.

„Gegen die Egoismen der Nationalstaaten und gegen den Druck der Globalisierung der Konzerne brauchen wir soziale und demokratische Alternativen, damit Bürgerinnen und Bürger wieder an der Politik Europas beteiligt sind. Ihre Kultur und Geschichte, ihr Recht auf ein Leben in Würde, ihre Zukunftsidee in der Region und im internationalen Austausch sollen wieder zum Maßstab politischer Entscheidungen werden. Das heißt für mich auch, dass die Sozialdemokratie ihre Europapolitik überdenken muss“, so Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS. Vor dem Hintergrund anstehender Wahlen fand auf der Vorstandssitzung eine intensive Debatte über linke Allianzen in den Ländern der Mitgliedsparteien wie Italien, Portugal, Ungarn, Tschechien, Spanien u.a. statt. Gregor Gysi ... berichtete über die Möglichkeiten, die in Deutschland durch die politische Kooperation mit der WASG und die Linksfraktion entstanden sind.

Fausto Bertinotti sagt über die Partei der Europäischen Linken: „Es ist die Hoffnung in Erfüllung gegangen, dass eine europäische alternative Kraft entsteht, die für einen anderen Kontinent, frei von marktradikaler Politik eintritt. Diese alternative Linke gibt sich heute konkrete Ziele und Organisationsformen.“

Das Neue Deutschland berichtet:
Die Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern steht als Mitglied der rot-roten Koalition häufig im Fadenkreuz der Kritiker auch von links. Zum Beispiel beim Thema Integration und Flüchtlingspolitik. Hier machen Abschiebungsdrohungen gegenüber Flüchtlingen aus Togo seit Wochen Schlagzeilen. **Mit dem Landesvorsitzenden der Partei, Peter Ritter, sprach Birgit Gärtner.** Aus Mecklenburg-Vorpommern sollen in Kürze mehrere hundert Flüchtlinge nach Togo abgeschoben werden. Was tut die Linke.PDS dafür, um das zu verhindern?

Wir bemühen uns derzeit intensiv darum, einen vorläufigen Abschiebestopp durchzusetzen sowie das Auswärtige Amt dazu zu bewegen, den Lagebericht zu Togo zu überarbeiten. Es passt nicht zusammen, dass das Außenministerium deutsche Geschäftsleute vor einem Aufenthalt in Togo warnt, Flüchtlinge aber ausliefert. Dieser Lagebericht ist deswegen so wichtig, weil auf dieser Grundlage über Asylanträge entschie-

den wird. Doch nicht nur die Linkspartei.PDS macht sich für einen Abschiebestopp stark. Der Petitionsausschuss wird am 22. Februar eine Expertenanhörung durchführen. In einem parteiübergreifenden Antrag fordern die Mitglieder des Ausschusses Innenminister Gottfried Timm (SPD) auf, die geplanten Abschiebungen so lange auszusetzen, bis das Gremium sich ein Bild von den Verhältnissen in Togo machen konnte.

Nur, Herr Timm stellt sich bis jetzt völlig stur.

Das stimmt, leider. Dabei gäbe es die Möglichkeit, einen alleinigen Abschiebestopp zu erlassen. Dafür wird die Linkspartei.PDS weiter kämpfen.

Die Landschaftsversammlung Rheinland (LVR) ist ein kommunaler Zweckverband zur Bündelung von sozialen Aufgaben, vor allem im Behindertenbereich im Rheinland. Die NRW-Landesregierung will sie im Rahmen der Strukturreform abschaffen. Die Landschaftsversammlung verabschiedete dagegen eine einstimmige Resolution. Der Vertreter der Linkspartei.PDS, Jörg Detjen erklärte in der Diskussion: „Wir brauchen eine Verwaltungsstrukturreform von unten, die von den Menschen, die in den Kommunen leben, ausgeht und entwickelt wird. Wir brauchen Kooperation, Zusammenarbeit der Kommunen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Privatisierung.“

Ich glaube, an der aktuellen Energiediskussion wird deutlich: Wenn die Kommunen keine eigenen Betriebe der Daseinvorsorge haben, keine Stadtwerke-Betriebe, dann sind sie den großen Konzernen ausgeliefert. Es wird in der öffentlichen Diskussion immer deutlicher, dass das der Weg ist, den wir gehen müssen, um ein größeres eigenes Gewicht entwickeln zu können.

Und der LVR ist eine solche Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge – und noch mehr: Er ist ein demokratisch gewählter regionaler Kommunalverband und kein Regierungspräsidium oder die Einsatzzentrale der Landesregierung.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Deshalb muss die Diskussion über eine Verwaltungsstrukturreform nicht bei Null beginnen. Die beiden Landschaftsverbände sind schon da. Von dieser Grundlage kann man ausgehen.

Die Linke kann sich auch drei regionale Kommunalverbände vorstellen. Es müssen aber Kommunalverbände sein. Am besten wäre es, diese Kommunalverbände werden von den Einwohnerinnen und Einwohnern unmittelbar gewählt. Das wäre eine demokratische Strukturreform, von der jedoch die Landesregierung überhaupt nichts wissen will.“ *Zusammenstellung: jöd*

Proteste gegen Antikommunismus-Resolutionsentwurf im Europarat

Mehr als 3 500 Unterzeichner haben sich inzwischen an einer Protestkampagne der Europäischen Linkspartei und anderer Organisationen gegen einen antikommunistischen Resolutionsentwurf der Politischen Versammlung des Europarats beteiligt, der Ende Januar im Europarat beraten und womöglich beschlossen werden soll. Dieser 13 Seiten umfassende Resolutionsentwurf wird vertreten von einem schwedischen Vertreter der Europäischen Volkspartei, der auch CDU und CSU angehören, und stützt sich in seinen Begründungen stark auf das 1997 in Frankreich erschienene sog. „Schwarzbuch“ über den „kommunistischen Terror“ und seine Opfer. Die Hinweise, die der schwedische Antragsteller über seine Vorbereitungen für den Antrag selbst gibt, deuten darauf hin, dass er insbesondere in den baltischen Ländern und in Polen Unterstützer für seinen Antrag gesucht und gefunden hat. Bezeichnend für seine Argumentation zum Thema „kommunistischer Terror“ ist vielleicht die Tatsache, dass der Antrag die Opfer des vietnamesischen Befreiungskampfes gegen die USA in den 60er und 70er Jahren ebenso zu den „Opfern des Kommunismus“ zählt wie die Toten des Bürgerkriegs der frühen Sowjetmacht

gegen die Anhänger des alten Zarenregimes, gegen Weißgaristen und ausländische Interventionstruppen.

Zu den Unterzeichnern der Protesterklärung gegen diesen Resolutionsentwurf des Europarats gehören NS-Widerstandskämpfer und KZ-Überlebende, Schriftsteller und Gewerkschafter vor allem aus westeuropäischen Ländern, Intellektuelle wie Samir Amin, aus der Bundesrepublik unter anderem die PDS-Europabgeordnete Gabi Zimmer, die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei PDS Ulla Jelpke, der Vorsitzende des Freidenkerverbandes Nord Uwe Scheer und andere. Auf der Homepage www.no2anticommunism.org findet sich eine Protesterklärung der Europäischen Linkspartei und eine Liste aller bisherigen Unterzeichner/innen dieser Erklärung, ein Schreiben des griechischen Komponisten und Ehrenmitglieds der Europäischen Linkspartei, Mikis Theodorakis, und ein Link zu dem Resolutionsentwurf an die Parlamentarische Versammlung des Europarats. Wir dokumentieren die Protesterklärung der Europäischen Linkspartei und das Schreiben von Mikis Theodorakis.

ru

Europäische Linkspartei: Nein zu einem europäischen McCarthyismus

Begibt sich Europa auf den Weg des McCarthyismus wie vor 50 Jahren die Vereinigten Staaten? Sollen Meinungs- und Organisationsfreiheit „im Namen der Demokratie“ getötet werden?

Am 14. Dezember stimmte der Politische Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Paris für einen Resolutionsentwurf, der von Göran Lindblad von der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) eingebracht wurde und die Überschrift trägt: „Notwendigkeit einer internationalen Verurteilung von Verbrechen der totalitären kommunistischen Regimes“. Dieser Entwurf wird der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bei ihrer Sitzung vom 23. bis 27. Januar 2006 vorliegen.

Zu denjenigen, die dem Entwurf zugestimmt haben, gehören Parlamentsmitglieder aus Ländern, die nicht zögern, Führer von Parteien und Bewegungen einzusperren, während sie bei der Wiederbelebung von Nazi-Symbolen wegschauen und bei ehemaligen Kriegsverbrechern Straffreiheit tolerieren.

Der Entschließungsentwurf bezweckt nicht, die Urheber verwerflicher Taten zu verdammten, sondern die kommunistische Bewegung und Ideologie in Bausch und Bogen zu stigmatisieren, die, so der Entwurf, „wo und wann immer verwirklicht, sei es in Europa oder anderswo, zu massivem Terror, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in großem Umfang geführt haben“. Der Entwurf verneint somit, dass die kommunistische Bewegung und Ideologie fester Bestandteil der Geschichte der



In diesem Jahr, am 17. August, jährt sich das Verbot der KPD zum 50. Mal.

Arbeiterbewegung und des gesellschaftlichen Fortschritts sind, und er kriminalisiert fortschrittliche Ideen, die zum Erbe der Aufklärung gehören und nach gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Wandel streben.

Außerdem verneint der Resolutionsentwurf die entscheidende Rolle der Sowjetunion und der kommunistischen

Bewegung im Kampf gegen die Schrecken der Nazi-Herrschaft. Denken wir an die Worte Albert Einsteins, als die Nazi-Maschinerie, bis dahin ungeschlagen, in Stalingrad gestoppt wurde: „Ohne Russland hätten diese Bluthunde ... ihr Ziel erreicht oder wären ihm jedenfalls nahe gekommen.“

Die Resolution, falls verabschiedet, würde zu einer offiziellen Geschichtsdarstellung der UdSSR und des Kommunismus führen, welche die historische Forschung lähmen und eine objektive Debatte über die vergleichende Einschätzung der kapitalistischen und kommunistischen Systeme behindern würde. Sie öffnete die Schleusen für eine – dem McCarthyismus der 50er Jahre ähnliche – Hexenjagd gegen Forscher, die diese offizielle Geschichtsdarstellung nicht vertreten. Gegen eine aktualisierte europäische Version des McCarthyismus müssen wir die Forschungsfreiheit der Wissenschaftler sowie die allgemeine Meinungsfreiheit sicherstellen.

Kriminalisierung bestehender sozialistischer Länder und kommunistischer Parteien

Der Entwurf fordert, dass „die Wahrnehmung nationaler Interessen die Länder nicht an der angemessenen Kritik an gegenwärtigen totalitären Regimes ... in bestimmten Ländern ..., wo weiterhin Verbrechen begangen werden, hindern sollte“. Mit einer derartigen Kriminalisierung bestehender sozialistischer Länder betreibt der Entwurf die Vorbereitung militärischer Aggressionen, etwas, was die Bush-Regierung ihnen bereits mehrere Male angedroht hat.

Mit ihrer Kritik an der Tatsache, dass „kommunistische Parteien in einigen

Ländern legal und aktiv sind, selbst wenn sie sich in einigen Fällen nicht von den Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes in der Vergangenheit distanziert haben“, bereitet die Resolution darauf vor, diese Parteien zu illegalisieren.

Bedrohung der gesamten Gewerkschaftsbewegung

Über den Kommunismus hinaus kriminalisiert der Resolutionsentwurf selbst das Konzept des Klassenkampfes, „das dazu verwendet wird, Verbrechen zu rechtfertigen“. Damit bedroht er die europäische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, eine Bewegung, welche sich den heutigen neoliberalen Politikkonzepten widersetzt.

Die Völker Osteuropas sind in eine zuvor nicht gekannte Armut gestürzt worden. Überall in Europa machen sich Lohnabhängige und besonders die Jugend Sorgen um ihre Zukunft. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, soziale Errungenschaften werden demontiert, demokratische und Gewerkschaftsrechte sind bedroht, und Kriege sind sowohl innerhalb wie außerhalb Europas wieder aufgeflammt (Jugoslawien, Afghanistan, Irak).

Für die Initiatoren des Resolutionsentwurfs „spielt die Verdammung der begangenen Verbrechen eine wichtige Rolle bei der Erziehung der jüngeren Generationen. Die klare Position der internationalen Gemeinschaft zur Vergangenheit könnte ein Bezugspunkt für ihr zukünftiges Handeln sein.“ Das Zitat anerkennt das ganze Ausmaß der in der Bevölkerung vorhandenen Ablehnung von Politiken, die in Osteuropa verfolgt werden. Es enthüllt auch, dass sich die Strategie der Initiatoren in den logischen Bezugsrahmen eines parteipolitischen Kampfes und nicht eines Strebens nach Gerechtigkeit einfügt.

Heute Kommunisten, morgen Gewerkschaftler und Globalisierungsgegner, und übermorgen ...?

Das offizielle Dokument ist auf der Webseite der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu finden unter: <http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/workingdocs/doc05/edoc10765.htm>

Mikis Theodorakis zum antikommunistischen Memorandum des Europarates

Auf der Geschäftsordnung des ersten Teils der Wintersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (23.-27. Januar 2006) findet man: Mittwoch, 25. Januar, Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus (Dok.). Referent des Ausschusses für politische Angelegenheiten: Herr Göran Lindblad



Mikis Theodorakis

(Schweden, EPP/CD). Dieser Punkt der Tagesordnung hat Mikis Theodorakis zu einer Aussage bewegt. Hier seine Stellungnahme.

Der Europarat hat beschlossen, die Geschichte abzuändern. Sie zu verdrehen, indem die Opfer mit den Tätern auf eine Stufe gestellt werden, die Helden mit den Verbrechern, die Befreier mit den Eroberern und die Kommunisten mit den Nazis.

Er ist der Meinung, dass die größten Feinde des Nazismus, d.h. die Kommunisten, Verbrecher sind und in der Tat den Nazis gleichzustellen sind!

Und er ist besorgt und beklagt sich, dass, während die Schergen Hitlers von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurden, dies noch nicht mit den Kommunisten geschehen ist.

Aus dem Grund schlägt er vor, dass diese Verurteilung jetzt während der Plenarsitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats von kommenden 24.-27. Januar stattfindet. Inzwischen zeigt er sich besorgt, weil „das allgemeine Bewusstsein der Verbrechen, die durch totalitäre kommunistische Regime geschahen, sehr unterentwickelt ist“. Und auch darüber, dass noch „kommunistische Parteien zugelassen und in einigen Ländern aktiv sind, ohne sich in einigen Fällen von den Verbrechen distanziert zu haben“.

In andern Worten: Der Europarat kündigt im Voraus die Verfolgung der europäischen Kommunisten an, die noch keine Widerruf-Erklärung der Art abgegeben haben, wie sie in der Vergangenheit von den Schergen der Gestapo und von den Folterern auf Makronisos abverlangt wurde.

Möglicherweise werden sie morgen beschließen, die kommunistischen Parteien zu verbieten und auf diese Weise die Tür den Geistern von Hitler und Himmler zu öffnen, die, wie weithin bekannt ist, ihrer Karriere begannen, indem sie die kommunistischen Parteien ächteten und die Kommunisten in den

Todeslagern einkerkerten.

Am Ende jedoch wurden sie im Blut ihrer Opfer ertränkt, jener 20 Millionen Toten der kommunistischen Sowjetunion und der Abertausenden von Kommunisten, die ihr Leben opferten, indem sie sich an Spitze der nationalen Widerstandsbewegungen in Griechenland und überall in Europa stellten.

Jene Herren des Europarats kommen mit ihrem Wunsch, die Methoden wiederzubeleben, die das Gewissen der Geschichte und der Völker verurteilt hat, allerdings erst an zweiter Stelle an, da ihnen ihr Großer Bruder zuvorgekommen ist: die USA, die ganze Völker mit Hitler-Methoden auslöschen, wie im Fall des Iraks, den sie in Ruinen gelegt haben, Ruinen voll mit amerikanischen Gefängnissen, in denen Tausende von unschuldigen Opfern täglich auf entsetzliche Weise gefoltert werden.

Über diese großen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verliert der Europarat kein Wort, ebenso wenig wie über die modernen hitleristischen Folterlager in Guantánamo.

Wie kann daher jemand glauben, dass diese Herren ehrlich betroffen sind, was die Menschenrechte angeht, wenn sie sogar innerhalb ihres eigenen Hauses Europa CIA-Flugzeuge zugelassen haben, die beladen sind mit Menschen ohne irgendwelche Rechte, um sie zwecks Folterung in Sondergefängnisse zu fliegen?

Solche Bürger können nicht Ankläger sein. Vor dem Gericht der Geschichte, das eines Tages die unzähligen Verbrechen ihres Großen Bruders, von Vietnam bis Chile und von Südamerika bis Irak, aburteilen wird, wird ihnen ebenfalls der Prozess wegen Tolerierung, wenn nicht sogar wegen Mitschuld an jenen Verbrechen, gemacht werden. Unglücklicherweise bin ich heute gezwungen, eher im Namen der Toten als im Namen der Lebenden zu sprechen. Demzufolge habe ich, im Namen meiner toten kommunistischen Genossen, jener, die Gestapo, Todeslager und Hinrichtungsstätten erduldet haben, um den Nazismus zu besiegen und die Freiheit zu feiern, an jenen „Gentlemen“ nur ein Wort zu sagen: SCHANDE!

Athen, 22.12.2005, Mikis Theodorakis

Quelle: <http://en.mikis-theodorakis.net/index.php/article/articleview/445/1/69/>
Deutsche Übersetzung: Guy Wagner

Makronisos: Berüchtigte KZ-Insel gegenüber Kap Sounion, auf der Tausende von griechischen Kommunisten und Partisanen gefoltert und ermordet wurden und auf der Theodorakis 1949, auf dem Höhepunkt des antikommunistischen Deliriums, das rechte Bein ausgerenkt und er zweimal lebendig begraben wurde. Sein Überleben verdankt er allein seinen Kameraden und seinem Vater.

Leonard Peltier 30 Jahre inhaftiert

Am 6. Februar wird der indigene Amerikaner Leonard Peltier 30 Jahre im Gefängnis sein. Leonard Peltier wurde 1976 wegen des angeblichen Mordes an zwei FBI-Agenten während eines Feuergefechtes zwischen Polizisten und indigenen Aktivisten verhaftet. Während seines langen Kampfs um Freiheit und Gerechtigkeit hat Peltier Solidarität und Respekt Millionen von Menschen gewonnen, prominenten wie den Nobelpreisträgern Bischof Desmond Tutu (Südafrika) und Rigoberta Menchú (Guatemala) und nicht-prominenten. Sogar das EU-Parlament hat eine Resolution zur Freilassung Peltiers unterstützt. Die Partei Frieden und Freiheit nominierte ihn für die US-Präsidentenwahl 2004 als Kandidaten.

Leonard Peltier ist einer der bekanntesten politischen Gefangenen aus den Bewegungen der 70er und 80er Jahre, aber bei weitem nicht der einzige. Andere, vor allem frühere Mitglieder der

Black Panther Party, sind ebenfalls zum Teil über 30, ja bis zu 40 Jahren inhaftiert, oft unter zweifelhaften Umständen verurteilt.

Das FBI dagegen setzt alles daran, Peltiers Freilassung zu verhindern. Seine Auslieferung von Kanada in die USA 1976 wurde mit gefälschten Beweisen erwirkt, fast 140 000 Seiten Beweismaterial – nur ca. 3 500 Seiten wurde an seine Anwälte ausgehändigt – bei seinem Verfahren 1977 unterschlagen. Als der damalige Präsident Bill Clinton andeutete ließ, er wäre bereit, eine Begnadigung Peltiers in Erwägung zu ziehen, demonstrierten FBI-Agenten und Mitglieder der Polizei Gewerkschaft Fraternal Order of Police vor dem Weißen Haus, der amtierende FBI-Direktor Freeh intervenierte persönlich bei Clinton, um eine Begnadigung zu verhindern.

In September 2005 reichten Peltiers Anwälte Berufung beim Bundesgericht ein, im November wurde die letzte schriftliche Eingabe eingereicht. Eine Anhörung wird in den nächsten Monaten erwartet.

Im August wurde Peltier ohne Vorauswahl und ohne Zeit, alle seine Sachen zusammenzupacken, vom Leavon-

worth-Gefängnis in Kansas nach Lewisburg Pennsylvania verlegt. In seiner ersten Erklärung nach seiner Verlegung erklärte er:

„Hau Kola,

Dies war eines der schlimmsten Jahre meiner Inhaftierung, es mag nicht das brutal physisch schlimmste gewesen sein, das ich erlebt habe, aber in meinem Alter und bei meinem schlechten Gesundheitszustand war es das schwierigste. Der fast zwei Monate dauernde „Transit“ von Leavonworth nach Lewisburg war eine wahre Tortur, und ich bin heute nur am Leben, weil ihr mich unterstützt habt und Himmel und Hölle in Bewegung setztet, um mich aus der Isolationshaft zu holen. (...)

Mein Körper, mein Geist und mein Herz sind ständigen Angriffen ausgesetzt, aber ich gebe nicht auf. Ich werde nie aufgeben, und ihr, die ihr mich während dieses harten Kampfs begleitet, bedeutet mir alles. Ich könnte diesen heimtückischen Weg alleine nicht schaffen.

Wir haben so viele Wege zu meiner Freiheit ausprobiert, und die Regierung hat jede Tür, die wir öffneten, wieder zugemacht. Das FBI verweigert mir weiterhin mein Recht auf einen ordent-

Der AIM-Aktivist

1968 wurde in Minneapolis das American Indian Movement (AIM) gegründet, eine Widerstandsbewegung, die sich gegen die Unterdrückung der amerikanischen Urbevölkerung durch die Weißen zur Wehr setzte. Nach der Aufsehen erregenden Besetzung der ehemaligen Gefängnisinsel Alcatraz schloss sich Peltier der Widerstandsbewegung an. Am 8. März 1970 besetzte er mit anderen Aktivisten das leerstehende Fort Lawton bei Seattle. Die Besetzung endete mit der Inhaftierung der Beteiligten. Später wurde das Fort jedoch den Aktivisten übergeben und dort ein kulturelles Zentrum eingerichtet.

1972 nahm Peltier am Marsch der gebrochenen Verträge („Trail of broken Treaties“) nach Washington D.C. teil. Nachdem BIA-Beamte ihr Versprechen – den Ältesten Unterkünfte zu besorgen – nicht eingehalten hatten, besetzten die AIM-Mitglieder das BIA-Gebäude. Bei der Besetzung agierte Peltier als Sicherheitschef.

In den 1970er-Jahren herrschten in der Pine-Ridge-Reservation in South Dakota bürgerkriegsähnliche Zustände, die, je nach Quelle, 60 bis 300 Indianern das Leben kosteten. Die Lakota-Indianer der Reservation riefen das AIM zur Hilfe, um sich gegen paramilitärische Truppen und FBI-Agenten zu schützen. Neben anderen leistete Leonard Peltier dem Hilferuf Folge.



Bekannt ist die bewaffnete Auseinandersetzung in Wounded Knee. Am 27. Februar 1973 besetzten Mitglieder der indianischen Widerstandsbewegung American Indian Movement (AIM) zusammen mit Sympathisanten aus der Pine Ridge Reservation die Ortschaft Wounded Knee und riefen die unabhängige Oglala-Nation aus. Damit protestierten sie gegen die wiederholten Menschenrechtsverletzungen in der Reservation von Seiten der US-Verwaltung. Die Besetzung dauerte 71 Tage. Am 8. Mai kapitulierten die Aufständischen vor dem Einsatz von Kampfhubschraubern, Raketenwerfern, Panzern und CS-Gas durch die US-Armee.

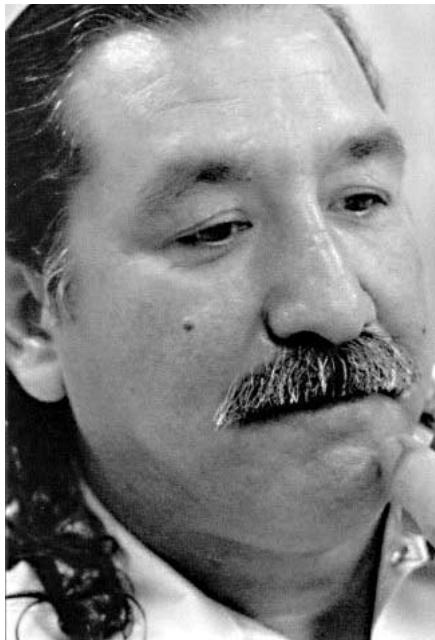
Am 26. Juni 1975 wurden bei einer Schießerei zwei FBI-Agenten und ein Indianer getötet. Peltier floh nach Kanada und wurde später als Mörder der beiden FBI-Agenten festgenommen; der Tod des Indianers wurde bis heute nie untersucht.

Es folgte ein sehr umstrittenes Gerichtsverfahren. Bald zeichnete sich ab, dass die US-amerikanische Justiz keine Beweise gegen Peltier hatte. Trotzdem wurde er 1977 für schuldig befunden und wegen Mordes zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt.

Leonard Peltier gilt Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Incomindios Schweiz oder der Gesellschaft für bedrohte Völker als politischer Häftling. Nebst NGOs und Institutionen wie der EU fordern über 25 Millionen Menschen, bisher erfolglos, seine Freilassung, darunter Persönlichkeiten wie Nelson Mandela, Rigoberta Menchú und der Dalai Lama. Seine Anwälte durchliefen sämtliche Instanzen des amerikanischen Rechtssystems; ...

(Auszug aus Wikipedia)

lichen Prozess und hetzt weiterhin gegen mich. Richter und jeder andere im System, alle, die eine Auswirkung auf meine weitere Inhaftierung haben könnten, werden unter Druck gesetzt. Alles auf Kosten der Steuerzahler. Sogar mein eigenes Volk wurde gegen mich aufgehetzt und die indigenen Media benutzt, um es gegen mich aufzuwiegeln. Die schwarze Schafe, Informanten und Verräter, die unsere Geschichte verleugnen und sich hinter die Version der Regierung stellen als Gegenleistung für Anerkennung und Profite, müssen kon-



Die Gesundheit von Leonard Peltier ist nach 30 Jahren Gefängnis vollständig zerrüttet. Die Leonard Support Group Rhein-Main ruft in der BRD zur einer Beteiligung an einer weltweiten Email-Aktion für die Freilassung Leonard Peltiers auf. Die Emails sollen an die US-Regierung geschickt werden. Näheres unter: www.freepeltier-lpsgrheinmain.de

frontiert werden. Es hat uns viel Kraft gekostet, unsere Geschichte zu bewahren und zu erreichen, dass sie in unseren Geschichtsbüchern richtig dargestellt und niedergeschrieben wird. Habt keine Angst, diese Leute zu konfrontieren, um unsere Geschichte, Kultur und Identität zu verteidigen. Obwohl es mir sehr schwer gemacht wurde, habe ich nie aufgegeben, und ich verlasse mich auf euch, dass ihr auch weiter kämpft.

Mein Anwaltsteam entwickelt ständig neue Vorgehensweisen, es gibt noch weitere rechtliche Möglichkeiten. Es scheint, dass, sobald wir das Geld zum Fotokopieren haben, wir endlich Zugang zu 90.000 der 140.000 FBI-Dokumenten bekommen werden. (...)

Die US-Regierung wird ständig repressiver und tyrannischer. Bürgerrechte werden ausgehöhlt, Ängste erzeugt, um die Kriegsmaschinerie im Gange zu halten und die Zerstörung von Mutter Erde voranzutreiben, unschuldige Menschen überall auf der Welt sterben in

Namen von „Demokratie und Freiheit“, die Anzahl der Gefangene in diesem Lande steigt exponential an, ca. 10% aller Gefangene werden im Gefängnis sterben, die meisten von uns sind Nicht-Weiße. Diejenigen von uns, die sich gegen diese Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, werden inhaftiert oder umgebracht. Mit der US-Regierung ist nicht zu spaßen, Filiberto Ojeda Rios, ein Anführer der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, wurde offenkundig ermordet, und Verbündete der Regierung rufen im Fernsehen offen auf zur Ermordung von couragierten Verfechtern der Gerechtigkeit wie Präsident Hugo Chavez von Venezuela, der unseren armen Bevölkerungsteilen und mir seine Hilfe angeboten hat. Es ist an der Zeit, dass wir uns vereinen, um diesen Wahnsinn zu stoppen, und an der Seite derjenigen stehen, die ihre Versprechen von Freiheit und Gerechtigkeit tatsächlich einhalten, und gegen jene, die von Gier, Arroganz und Vorurteilen geleitet werden. Bleibt stark, arbeitet zusammen, konfrontiert die Verräter, habt keine Angst, lasst unseren Kampf nicht abebben. (...)

www.leonardpeltier.org

Das Recht auf eine Welt ohne Gefängnisse: Die RAF-Gefangene Eva Haule hat Mitgefangene porträtiert

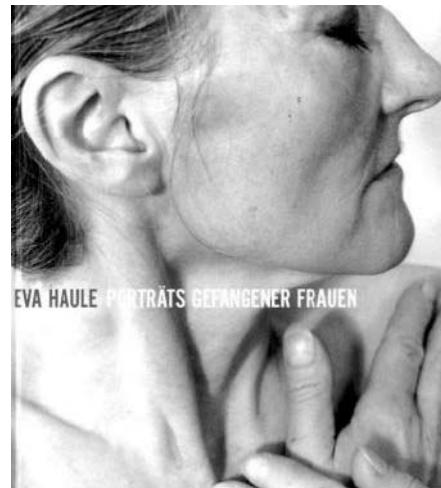
Kollektive Auflehnung

Von Christian Klar

Da entstehen in einem Hochsicherheitsknast Fotografien, die dort gefangene Frauen abbilden. Die Fotos fertigte Eva Haule, Gefangene aus der RAF (seit 1986 im Knast)*, in den Jahren 1998 bis 2003. Die Fotografierten waren Mitgefangene, die eine Situation des persönlichen Vertrauens gefunden hatten und Lust daran fanden, sich in dieser Form auszudrücken.

Niemand sollte annehmen, es handelt sich hier um ein Ergebnis von Förderung im Strafvollzug. Das sind Schönfärbereien der Wirklichkeit hinter den Mauern. Die Kreativität ist vielmehr ein Wunder in einer Umgebung der Versteinerung. Die Chance zu dem Fotoprojekt ergab sich durch die Initiative zweier professioneller Fotografinnen in Freiheit, die für einen Kurs regelmäßig in den Knast gekommen sind. Sie konnten die fachliche Anleitung sowie die Orientierung anbieten, ihre besondere Inspiration als Menschen von draußen.

Das herausragende Ergebnis konnten aber nur die gefangenen Frauen vollbringen. Die künstlerische Qualität haben berufener Leute gewürdigt. Aber es sollte speziell noch erklärt werden, dass die entstandenen Fotografien zual-



Eva Haule: Porträts gefangener Frauen. AG SPAK, Neu-Ulm 2005. 88 Seiten, 56 Schwarzweißfotografien, 19 Euro, ISBN 3-930 830-65-5.
Bestellungen über AG SPAK, Holzheimer Str. 7, 89233 Neu-Ulm
Anfragen für eine Fotoausstellung werden vom Verlag an Eva Haule weitergeleitet.

lererst das kollektive Ergebnis einer gelungenen Auflehnung gegen alle Wahrscheinlichkeiten der Gefangenschaft sind.

Mit dem Wegschließen bezieht die Institution des Gefängnisses, Gesichter der Schuld und Scham zu formen. Alle Gefangenen ahnen zumindest oder wissen darum, wie die Jahre des Zwangs sie entstellen. Viele Schlägereien passieren wegen Blicken, die man eine Sekunde zu lang auf sich ruhen fühlt. Und der öffentliche Unterhaltungsblick auf die hinter den Mauern verschwundenen Menschen legt allenfalls eine Reihe von Kostümen fest – speziell in Hinsicht auf gefangene Frauen – und bewirkt damit das genaue Gegenteil von Sehen: das Unsichtbarmachen.

Diese Widerstände musste erst mal



Eine der Fotografien von Eva Haule.

überwinden, wer sich entschloss, die Lust auf eigenen Ausdruck und die Zuversicht über die aufgezwungenen Bilder siegen zu lassen. Eines steht fest: Wer sich fotografieren lässt, glaubt noch an die Versprechen von Freiheit. Diese ganze Entstehungsgeschichte stelle ich mir vor, wenn ich das Ergebnis ansehe: die Fotografien, die auffordern, das Menschsein und die Hoffnungen der abgebildeten Frauen anzuerkennen. Ich möchte kein Gesülze von der Art haben, dass die Fotografien den Moment zeigen, als „sich ein Riss auftat in dem Panzer“. Was ist das nebenbei noch für eine Verkennung notwendiger Grundausstattung gegen die totale Institution? Nein, die Fotos zeigen Aktivität und wenden sich an Leute, die auch die Aufrichterung darin erkennen. Denn es zeigen sich Frauen, die in der Lebenssituation des Gefängnisses fähig sind, einen Augenblick des Stolzes herzustellen und damit an das Recht auf eine Welt ohne Gefängnisse erinnern.

www.jungewelt.de/2005/11-12/026.php

* Eva Haule war in den 80er Jahren Mitglied der RAF. Nach ihrer Verhaftung im August 1986 wurde sie zu „Lebenslänglich“ verurteilt und war von 1989 bis 2004 im Frauengefängnis Frankfurt-Preungesheim, wo sie fotografieren lernte und Mitgefangene porträtierte. Seit Juni 2004 ist sie im Berliner Frauengefängnis als „Freigängerin“. Ein Ende der Haft ist nicht absehbar.

Leseempfehlung

Schulbücher und ein Krankenhaus für Managua

Kurz nach dem Sieg der Revolution in Nicaragua wurden im Auftrage des Solidaritätskomitees der DDR 3,5 Millionen Schulbücher für dieses rückständige Land in Lateinamerika gedruckt und finanziert. Den Transport übernahm die volkseigene Seereederei der DDR. Auch deren Kosten wurden größtenteils vom Solidaritätskomitee getragen. Die Verteilung der Bücher im Lande übernahm eine nationale Organisation.

Als 1989 Jupp Jeschke, ein Mitarbeiter des Solidaritätskomitees, das Land bereiste, führte ihn der Weg auch in ein Dorf nahe der Grenze zu Honduras. Das Gebiet gehörte noch zu der von den „Contras“ gefährdeten Zone. Jupp Jeschke wurde in der Mitte des Dorfes von fast allen Einwohnern herzlich empfangen. Während er vorgestellt wurde, sprang eine junge Frau auf und laut rufend „Momentito, Momentito“

(wartet) rannte sie weg und kam mit zwei Büchern in der Hand aufgeregt zurück. An die Kinder gewandt, rief sie: „das ist ein Companero aus dem Land, das euch die schönen Bücher geschickt hat, damit ihr lesen und schreiben lernen könnt“. Die junge Frau war die Dorfschullehrerin. Alle wollten Jupp Jeschke dankbar die Hand drücken.

Diese kurze Episode steht an der Spitze des Buches, das der ehemalige Generalsekretär des Komitees und spätere Geschäftsführer von Solidarität-international e.V., Achim Reichardt, erst kürzlich in Berlin vorgestellt hat. Bemerkenswert ist seine Feststellung, dass neben dem Komitee der Staat (der den Hauptanteil der Entwicklungshilfe trug), die gesellschaftlichen Organisationen und auch die Religionsgemeinschaften die eigenen Leistungen realisierten. Diese Tatsache muss bei der Gesamtbewertung der Solidaritätsleistungen der DDR berücksichtigt werden. Das Ziel solcher Leistungen gingen im Wesentlichen an die am wenigsten entwickelten Länder und diente dazu, Not, Armut und Rückständigkeit überwinden zu helfen. Daran nahmen Millionen Menschen in der DDR in verschiedensten Funktionen und mit vielen eigenen Leistungen teil. Sie wussten, dass jede solidarische Hilfe nur ein Tropfen auf den heißen Stein war. Materielle Güter und die notwendige konvertierbare Währung konnte nur mit staatlicher Beihilfe bereitgestellt werden. Bei allen Transporten per Bahn, Schiff oder Flugzeug waren direkt oder indirekt staatliche Organe beteiligt. Für Solidaritätsleistungen auf DDR-eigenen Schiffen, Flugzeugen und der Bahn waren die Kosten nur in Mark der DDR zu berechnen, falls Kosten in frei konvertierbarer Währung entstanden. Die DDR schuf in Nicaragua das Krankenhaus „Carlos Marx“ (in dem über Jahre hinaus DDR-Ärzte und Krankenschwestern, Laboranten und Apotheker arbeiteten) schickte Lebensmittel und Medikamente nach Mosambik, Äthiopien, Namibia, Vietnam und Chile, versorgte Hunderte Verwundete und gewährte über 200.000 Bürgern aus Entwicklungsländern eine berufliche Ausbildung in Betrieben und Schulen der DDR. Über 30.000 von ihnen erwarben ein Hoch- bzw. Fachschulstudien.

Zu den Stipendiaten an der Berliner Humboldt-Universität gehörte u.a. auch Michelle Bachelot, die erste Frau Chiles, die erst kürzlich zur neuen Präsidentin ihres Heimatlandes gewählt wurde. Unter dem Militärregime von Augusto Pinochet wurde sie ins Gefängnis gesteckt und gefoltert. Nach ihrer Freilassung floh sie auf Umwegen in die DDR.

Reichardt schrieb ein zeithistorisches Dokument, einen historischen Abriss über die Herausbildung der Solidaritätsbewegung in der DDR (Teil I) vor-

gelegt. Geschildert wird die organisatorische Entwicklung der Solidaritätsbewegung, über den Korea-Hilfsausschuss, die Solidaritätsausschüsse für Vietnam, das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee (AASK) bis zum besagten Solidaritätskomitee der DDR. Im Teil II wird der Zeitabschnitt 1989 bis Ende 1990 – der Wende – behandelt.

Der Teil III ist der offensichtlich brisanteste Abschnitt des Buches. Er schildert den Versuch der Treuhand-Anstalt, die Spenden der DDR-Bevölkerung auf kaltem Wege zu vereinnahmen. Nach einer öffentlich geführten Hetzkampagne der Medien gegen SODI (ihr wurde unterstellt, Spendengelder verschwendet und veruntreut zu haben, namibische Kinder verschleppt, festgehalten und militärisch gedrillt zu haben) verfügte am 13. August 1991 die Treuhand die Anweisung an den Geschäftsführer von SODI, „dass der Solidaritätsdienst International e.V. den §§ 20 a und 20 b des Parteigesetzes der DDR vom 21. Februar 1990 unterliegt“ und dass eine Aufstellung aller Mitarbeiter vorgelegt werden soll. Nach langen Auseinandersetzungen kam es im am 21. Februar 1992 zu einem gerichtlichen Vergleich, der die Fortsetzung der Tätigkeit der SODI e.V. sicherte. Dieser brachte dann einen großen Teil des Vermögens in die Stiftung Nord-Süd-Brücken ein, die die Erträge für Projekte in Entwicklungsländern einsetzt.

SODI wird in seiner Arbeit sowohl von der UNESCO als auch vom Auswärtigen Amt in Berlin unterstützt.

Franz-Karl Hitze



Achim Reichardt: „Nie vergessen – Solidarität üben! – Die Solidaritätsbewegung in der DDR“ / Vorwort von Hans Modrow, Kai Nomilius Verlag, Edition Zeitgeschichte Band 23, 2006, geb., Hardcover mit Schutzhülle, 336 S., 18 Euro, ISBN 3-89706-871-0

24. bis 29. Januar. *Sechstes Weltsozialforum.* Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei Teilforen in verschiedenen Kontinenten. Ein Treffen findet in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Pakistan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitäten zu registrieren (www.wsf2006.org). Aus verschiedenen Kritiken heraus finden außerdem zwei Alternativforen in Venezuela statt.

28. Januar. Dortmund. *Landesparteitag Linkspartei NRW.*

28./29. Januar. Regensburg. *Landesparteitag Linkspartei PDS Bayern.*

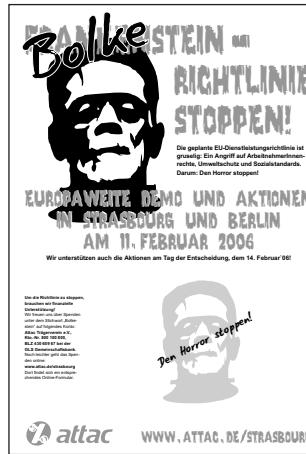


3. bis 5. Februar. München. *Protestaktionen gegen Sicherheitskonferenz.* Näheres siehe www.friedenskonferenz.info

5. Februar. Neumünster. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei Schleswig-Holstein.*

11. Februar. Hamburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei Hamburg.*

11. Februar. Hannover. *Landesparteitag Linkspartei Niedersachsen.*



11. Februar, Berlin/Straßburg: *Aktionen gegen die Bolkesteinrichtline vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin und beim EU-Parlament. Aufrufer: DGB, attac u.a.*

12. Februar. Karlsruhe. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei PDS Baden-Württemberg.*

14. Februar, Strasbourg: *Weitere Proteste gegen Bolkesteinrichtline rund um das EU-Parlament.*

25. Februar. Fulda. *Arbeitsausschuss Forum.*

4./5. März. Mannheim. *Bundesdelegiertenkonferenz der WASG.* Verschoben wegen statuarischer Probleme. Stattdessen Wahlparteitag Landtagswahlen.

6. bis 9. April. Athen. *Europäisches Sozialforum in Griechenland.*

8./9. April. Frankfurt/Main. *Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse.

14. bis 17. April, bundesweit: *Ostermärsche*

29. und 30. April 2006, Halle: *10. Parteitages der Linkspartei PDS.* Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei PDS gewählt werden.

22. bis 26. Mai, Berlin: *18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.*

24. Mai. Saarbrücken. *96. Deutscher Katholikentag.* Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

3. bis 6. August. Linke Sommerschule. Der Ort steht noch nicht fest.

1./2. September, Rostock. *Ostseefriedenskonferenz.*

10. bis 15. September. Bayern. *Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.*

27./28. November. Dresden. *20. CDU-Parteitag, Neuwahl Vorstand.*